

Bezugspreis:

Wochenschrift 3.-Mtl. monatl. 3.-Mtl. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 1. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Verfassung ist angenommen.

Weimar, 31. Juli. Vormeldung: Die Gesamtstim- mung über die Verfassung erfolgte namentlich und ergibt die Annahme der Verfassung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die Deutsch- nationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängige Sozialdemokra- tische Partei.

Die Nationalversammlung in Weimar hat heute das Grundgesetz für die Deutsche Republik endgültig verabschiedet. Die Verfassung ist nunmehr in dritter Lesung angenom- men. Damit ist fünf Jahre nach dem Ausbruch des Welt- krieges die breite geschliche Basis für den Aufbau der Deut- schen Republik gegeben.

Dieser Tag ist von größter historischer Be- deutung für das deutsche Volk. Die gestrige Abstimmung in Weimar ist nicht zu werten als ein formaler Akt der Ge- setzgebung, der dem Volke kein tieferes Interesse abringt. Das ganze Leben der deutschen Nation ist dadurch auf eine neue und nun endgültig sichere Grundlage gestellt worden. Die Revolution hat in ihm ihren formalen Abschluß er- halten. Natürlich sind damit nicht die revolutionären Trieb- kräfte abgebrochen, ihre Wirkungen werden in der ferneren Gesetzgebungsstätigkeit des Reichstages noch lange gespürt werden.

Die Verfassung greift tief in das politische und soziale Leben des deutschen Volkes ein. Sie ist die Sicherung der freizeitlichen Auswärtsentwicklung. Die Demokratie in Deutschland, der ungehemmte Aufstieg des Tüchtigen ist damit grundtätig festgelegt.

Man mag an der Verfassung manchen Schönheitsfehler entdecken. Als Gesamterscheinung stellt sie einen Fortschritt gegenüber allem bisher Gewesenen in Deutschland dar, den wir alle mit einem tiefen Aufatmen begrüßen und dessen Wirkungen sich in der ganzen staatlichen Zukunft des deut- schen Volkes zeigen werden. Die demokratischen Garantien sind gesichert und der Weg zu einer sozialistischen Gemeinwirtschaft ist freigelegt.

Auch bei dieser wichtigsten Abstimmung für das deutsche Volk hat sich wieder das Interessubündnis zwi- schen den reaktionären Parteien und der un- abhängigen Sozialdemokratie geltend gemacht. Die Reaktionären von rechts und die Putschisten von links haben die Verfassung abgelehnt und damit dem deutschen Volke gezeigt, daß sie gegen die wahren Interessen des Volkes in tiefer Gemeinschaftlichkeit unlösbar verbunden sind. Das verdient festgehalten zu werden.

Beratungspause in Weimar.

In den Beratungen der Nationalversammlung wird vom Freitag abend bis zum Donnerstag der nächsten Woche eine Pause eintreten, die Kommissionen werden jedoch am Mittwoch früh wieder zusammentreten. Es ist dann in Aussicht genommen, bis zum 20. weiter zu tagen.

Rückkehr der Regierung nach Berlin.

Wie die „B. V. N.“ aus Weimar erfahren, wird die Reichs- regierung am Freitag nach Berlin zurückkehren.

Fremdenausweisung aus Oesterreich.

Die Not zwingt dazu.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ veröffentlicht den Wortlaut einer Kundgebung der niederösterreichischen Landesregierung, in der alle Fremden aufgefordert werden, Deutsch- osterreich und Wien zu verlassen. Die Kund- machung schreibt zunächst jenen Personen, die nach dem 1. August 1914 sich nach Niederösterreich geflüchtet haben und nicht die deutschösterreichische Staatsangehörigkeit besitzen, vor, bis längstens 15. August Deutschösterreich zu verlassen. Alle Ungarn, die nach dem 1. März 1919 ihren ständigen Wohnsitz hier begründet haben, müssen Deutschösterreich bis längstens 5. August verlassen. Begründet wird die Maßregel mit Woh- nungs- und Lebensmittelnot. Für die Außer- achtlassung dieser Bestimmungen werden strenge Strafen vor- gesehen.

General v. d. Goltz in Diensten Roltshals?

Bukarest, 31. Juli. (D. N.) Das rumänische Pressebureau meldet: Nach Berichten, die aus Odessa hier einetroffen sind, hat General v. d. Goltz durch Vermittlung des Prinzen Lieben dem General Roltshals seine Dienste angeboten.

Eine Erklärung deutscher Gewerkschafts- führer.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Amsterdam, 31. Juli. Die deutsche Delegation hat soeben dem Kongress folgende Erklärung unterbreitet:

„Die Erklärung Sassenbachs hat in Deutschland starke Beunruhigung hervorgerufen. Dies veranlaßt uns, dem Kongress bekanntzugeben, daß wir erst nach Abgabe von Sassenbachs Erklärung in Amsterdam eintrafen und ihren Wortlaut nicht billigen können. Leipzig, Frey, Seib, Hübsch, Schumann, Reichel, Sachse, Paerlow.“

Wir selbst haben unseren Standpunkt, der sich vollkom- men mit dem von obenstehenden Genossen eingenommenen deckt, vor einigen Tagen anlässlich der Erklärung Sassen- bachs hier niedergelegt. Die Kreditbewilligung der deutschen Sozialdemokratie bedeutete kein Ver- trauensvotum für die Regierung und enthielt nichts, was die Auffassung rechtfertigen könnte, als sei die deutsche Sozialdemokratie von der völligen Schuldlosigkeit der deutschen Regierung jemals überzeugt gewesen. Desgleichen übernahmen unsere Genossen im Reichstag durch die Kredit- bewilligung nicht die Mitverantwortung an den Taten der Regierung, sondern sie stellten sich lediglich auf den Boden der gegebenen Tatsachen, das bedrohte Land vor dem feindlichen Einfall zu schützen. Schon in der Erklärung vom 4. August liehen unsere Genossen unzweideutig ihre Ueberzeugung erkennen, daß der Krieg eine Folgeerscheinung des Imperialismus war. Es ist erfreulich, daß durch die Erklärung der Führer der großen Arbeiterverbände dieser Standpunkt der Erklärung Sassenbachs gegenüber erneut unterstrichen worden ist.

Vor der Verständigung mit Ungarn.

Wien, 31. Juli. (TA) Im Anschluß an die gestrigen Besprechungen, die Bela Kun an der Grenze mit den unter Führung Weltners nach Wien entwandten Unterhändlern hatte, findet heute in Budapest eine Sitzung der Volkskommissare statt. Auf der Tagesordnung stehen die Verhandlungen, die mit dem englischen Obersten Cunningham und dem italienischen Führer Borghese in Wien geführt werden. Nach den aus Budapest vorliegenden Informationen ist Aussicht auf eine Verständigung vorhanden, da sowohl die Alliierten wie die ungarische Sowjetregierung den Bogen nicht überspannen wollen. Auf Grund des Gebotenausgleiches in Wien dürfte ein Kompromiß auf folgender Grundlage zustande kommen:

Die Sowjetregierung tritt zurück und macht einem von den gemäßigten Sozialisten gebildeten Ministerium Platz. Zentral- exekutivanschuß und Allgemeiner Sowjet-Kongress behalten jedoch vorläufig ihre Funktionen, ohne indessen tatsächlichen Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte ausüben zu können. Die Alliierten heben ihrerseits die Blockade gegen Ungarn auf, beliefern Budapest mit Lebensmitteln und veranlassen die Rumänen zur Einstellung ihres Vormarsches.

Die Regelung aller weiteren kritischen Fragen, namentlich im Hinblick auf die Forderungen der Entente, soll in der Weise er- folgen, daß die Pariser Friedenskonferenz ihre Bedin- gungen ausstellt und Delegierte der neu zu bildenden ungarischen Regierung später zur Entgegennahme des Vertrags- entwurfs nach Paris oder einem Sonort einlädt.

Die Entscheidung steht jedoch noch nicht unmittelbar bevor, da die Wiener Ententekommissionen die Instruktionen der Friedenskonfe- renz einholen, während die ungarische Sowjet-Regierung ihre end- gültigen Beschlüsse von der Haltung des zum 5. August einberufenen Zentral- exekutiv- ausschusses abhängig machen will.

Anschluß Coburgs an Bayern.

Bamberg, 31. Juli. Zum Anschluß Coburgs an Bayern wird amtlich mitgeteilt: In letzter Zeit fanden wiederholt Besprechungen zwischen den Staatsregierungen Coburgs und Bayerns statt zwecks Anschlusses Coburgs an Bayern. Es wurde eine Uebereinstimmung erzielt. Zwischen Coburg, dessen Bewohner Franken sind, und Bayern bestehen seit langer Zeit bereits enge wirtschaftliche Be- ziehungen. Deshalb erklärten sich auch die Parteien des bayerischen Landtags bereit, dem Wünsche Coburgs auf Anschluß an Bayern zuzustimmen. Die endgültige Entscheidung wird nunmehr durch Volksabstimmung in Coburg getroffen werden.

Funkverkehr nach Amerika. Die funktelegraphische Beförde- rung von Handelstelegrammen nach den Vereinigten Staaten von Amerika ist wieder aufgenommen.

Dokumente zum Waffenstillstand.

Von der Niederlage zur Revolution.

Die Regierung hat gestern ein Weisbuch veröffentlicht, in dem die Vorgeschichte des Waffenstillstandes zu dokumen- tarischer Darstellung gelangt. Es sind darin alle Aktenstücke aus der Zeit vom 14. August bis zum 11. November ent- halten, die sich auf das Friedensangebot vom 8. Oktober und auf das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November be- ziehen. Diese dokumentarische Darstellung ist die blüdigste Widerlegung der alldeutschen Legende von der Zerstörung der deutschen Widerstandskraft, der Verschuldung der Nieder- lage durch die deutsche Revolution.

Am 14. August 1918 war von der Revolution noch nichts zu spüren. An diesem Tage brach aber schon in der Kaiser- lichen Hofkapelle in Spa die Erkenntnis durch, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg militärisch zu gewinnen und daß daher eine Verständigung mit dem Feinde und zwar durch eine neutrale Vermittlung gemacht werden müsse. Inzwischen drängte Oesterreich unaufhörlich zu rascherem Vorgehen und nur schwer gelang es, die Veröffentlichung seines „offenen Appells“ aufzuhalten, die schließlich im September doch erfolgte. Von Revolution war auch damals noch nicht die Rede, dann aber kam der Zusammenbruch Bulgariens. Am 29. September schlägt Herr v. Dintze auf kaiserlichen Befehl den Regierungen in Wien und Konstantinopel vor, dem Präsidenten Wilson den Frieden auf Grund seiner 14 Punkte anzubieten. Am 1. Oktober kommt aus dem Hauptquartier die wenig tröstliche Botschaft: „Heute halten die Truppen; was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszu sehen.“ Es ist noch immer keine Revolution. Aber am selben Tage erlebt Ludendorff seinen Zusammenbruch. Jeden Augenblick könne der Durchbruch erfolgen, 48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten.

An jenem tragischen 1. Oktober wurde dem Prinzen Max die Kanzlerschaft angetragen. Er sträubt sich dagegen, die Friedensaktion in jenem Tempo vorzunehmen, zu dem die feilsch zusammengebrochene Heeresleitung in ihrer Verzweiflung antrieb. Am 3. Oktober stellt er an die Oberste Heeresleitung die Anfrage, ob sie sich dessen bewußt sei, daß die Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangs- lage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets führen könne. Antwort: Die Oberste Heeresleitung besteht auf sofortige Abendung des Friedensangebots. Die erfolgt nun in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober.

Es war noch immer keine Revolution. Und nun folgt der Depeschenwechsel mit Wilson. Der diktatorische Ton seiner zweiten Note vom 15. Oktober erregt tiefe Befürzung, und noch einmal wird erwogen, ob es noch ein Zurück gebe. Jetzt aber ist es Staatssekretär Solz, der unter Verhufung auf die bisherige Gutachten des Militärs die Fort- setzung des angetretenen Passionsweges für unvermeidlich hält.

Am 17. Oktober — es ist noch immer keine Revolution — vollzieht Ludendorff seine bekannte taktische Wendung, er will wieder an die Möglichkeit seines Soldatenglücks glauben, muß aber doch zugeben: „Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen, es kann auch schlecht gehen.“ Man be- rechnet, daß man bis zum Frühjahr nächsten Jahres durch Ausstammung noch 600 000 bis 700 000 Mann aufbringen kann, die Feinde aber 1 100 000 Mann. Dazu der immer schärfer fühlbar werdende Materialmangel.

Am 28. Oktober — es ist inzwischen weiter mit Amerika verhandelt worden — treffen die Generale v. Mudra und v. Gallwitz im Hauptquartier ein. Sie vertreten die Meinung, daß man noch die letzten Mittel anwenden müsse, um zu beweisen, daß es noch nicht zu schlecht stehe. Da macht man ihnen Mitteilung von dem mittlerweile erfolgten Sonderbericht Oesterreichs und bringt damit auch die letzten militärischen Hoffnungen zum Schweigen.

Von den wichtigen Dokumenten der amtlichen Veröffent- lichung fallen nur die allerletzten in die Zeit der aufstimmenden Revolution. Aber wenn die Oberste Heeresleitung am 10. November nach Berlin fuakt, man müsse versuchen, bei den Waffenstillstandsbedingungen Erleichterungen zu erreichen, jedoch auch, wenn dies nicht gelänge, den Waffenstillstand ab- schließen, so ergibt sich aus der ganzen Vorgeschichte, daß diese Haltung der leitenden Militärs nicht erst durch die Er- eignisse des 9. November herbeigeführt war.

Es wird sich noch öfter Gelegenheit ergeben, auf die Dokumentensammlung des Auswärtigen Amtes zurückzu- kommen, um Einzelheiten aus der Vorgeschichte des Waffen- stillstands festzustellen. In ihrer Gesamtheit aber beweist diese Sammlung — was freilich längst keines Beweises mehr

bedürfte, wenn das Bedürfnis der Menschen etwas besser wäre —, daß die deutsche Revolution ein Kind der deutschen Niederlage war und nicht etwa umgekehrt, die Niederlage ein Kind der Revolution. Wenn erst einmal alle Dächer abgedeckt werden, dann wird sich herausstellen, daß die Kriegführung in allen Ländern mit inneren Widerständen zu kämpfen hatte, daß diese aber auf der deutschen Seite keinesfalls härter waren, als auf der entgegengesetzten.

Die Revolution kam erst, als das unglückliche deutsche Volk aus allen Siegeshimmeln gestürzt war, in die es die amtliche und zensierte Kriegsberichterstattung hinaufgelogen hatte. Und jetzt erlachte sie mit der Selbstverständlichkeit eines Naturereignisses ohne besonders großen umstürzlerischen Kraftaufwand. Die deutsche Militärmacht ist zum Schluß logischer als nicht umgestürzt, sondern nur einfach umgeblasen worden. Was der Krieg von ihr übriggelassen und aus ihr gemacht hatte, das war mehr, als das geduldige Volk der Welt ertragen konnte.

Der zeitliche und urfällige Zusammenhang der Herbstereignisse von 1918 liegt für jeden, der sie lebend miterlebt hat, so klar zutage, daß es kaum noch neuer Dokumente zu ihrer Aufhellung bedürfte. Andererseits bleibt den alldeutschen Legendenträgern die Hoffnung, daß man in den Kreisen ihrer Anhänger auch keine Dokumente liest. Was sich im Lande noch an Alldeutlichkeit herumdrückt, das lebt ja ganz allein noch von der Uge, daß der alldeutsche Eroberungssieg bloß durch die deutschen Riesmacher, Flammader, Umstürzler und Sozialdemokraten vereitelt worden sei. Gegen die Dummheit kämpfen Götter — gegen eine Lebenslüge, die für das Dasein einer überlebten politischen Richtung unentbehrlich ist, kämpfen auch Dokumente vergebens.

### Französischer Chauvinistenschwindel.

Kopenhagen, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Pariser Berichterstatter von „Nationalrevue“ schreibt in einem Bericht vom 29. Juli: „Wenn der Generalstreik vom 21. Juli aufgegeben wurde, so ist der Grund in erster Linie der, daß die demokratische Kampfbewegung der neuen Deutschen Republik hier noch ungeachtet zu sein scheint als die der aristokratischen Diplomaten des alten deutschen Kaiserreiches. Was ganz besonders den Generalstreik verhinderte, waren die unbedonnenen und großsprecherischen Reden in Berlin, daß die deutschen Sozialdemokraten den Protest des internationalen Proletariats gegen den Gewaltfrieden organisiert haben und die Worte des „Vorwärts“: „Der Generalstreik ist unser Werk“. Namentlich diese Reden findet man überall und in Umzügen von Kundgebungen wieder, welche an den Mauern aller öffentlichen Gebäude angebracht sind und die mit den bestigsten Worten im Namen der gefallenen Krieger gegen die von den Völkern geplante Sabotage des Sieges Einspruch erheben.

Alles, was in vorstehendem gesagt ist, ist plumbe Fälschung, gegen die zu protestieren den französischen Chauvinisten zu viel Ehre antun hieße.

### Der Versailler Vertrag vor dem amerikanischen Senat.

Die amerikanische Demobilisierung beendet. Amsterd., 31. Juli. Das Pressebüro Radio meldet aus Washington: Staatssekretär Baker teilte mit, daß die amerikanische Armee am 30. Juli vollständig demobilisiert sein wird. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird heute mit den Beratungen über den Versailler Vertrag beginnen. Die Verhandlungen werden vorläufig öffentlich sein, nämlich so lange wie der Ausschuß die Sachverständigen hören wird, die über die Gebietsfragen, die Entschädigungen, die Wiedergutmachungen und verwandte Fragen Bericht erstatten werden, was mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Die Sitzungen des Ausschusses, in denen über die Einwände gegen den Vertrag beraten werden wird, werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

### Die Stimme Jaurès.

Heute vor fünf Jahren schlug der erste menschliche Schreden des ersten, ungeheuren Krieges in die Herzen der Arbeiter aller Länder: die Kunde von der Ermordung Jaurès. Doch wenn der Welt bekannt, daß Wort dieses Unvergessenen die Wacht, aber Grab hinaus zu leben. Wir kämpfen und bauen die Welt der Zukunft, die Gedanken hüten und leben, die Jean Jaurès' glühender Geist im Ringen um den Sieg des Proletariats schwebte.

Es handelt sich um die Einigkeit sozialistischer Aktion!

Unsere unmittelbare Aufgabe ist die Herstellung einer einheitlichen sozialistischen Partei. Es handelt sich nicht um eine despotische und tote Einheit: die verschiedenen sozialistischen Organisationen können und sollen weiter existieren, aber sie müssen insstande sein, über ihre gemeinschaftlichen Aktionen in fernschafflicher Weise zu beraten und zu beschließen. Alle haben wir dasselbe Ideal, wenn wir auch über unsere Kampfmethoden nicht einig sind. Es macht nichts, daß manche mehr an die Kraft des allgemeinen Wahlrechts glauben, während andere die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Aktion besonders hervorheben. Es gibt keinen unter uns, der den Wahlkampf verachtet, ebensowenig wie es unter uns Leute gibt, die den geschichtlichen Prozeß aufhalten und den Sozialismus in die Zukunft verschieben möchten. Die Erhebung des Sonderinteresses durch das Gemeineigentum ist eine viel zu tiefe Umwälzung und legt so viele widerstreitende Leidenschaften, so viele Hoffnungen und Befürchtungen in Bewegung, daß es keinem gestattet sein darf, dem Proletariat den Weg vorzuschreiben, den es zu seiner Befreiung zu durchlaufen hat. Die Hauptsache ist, daß jeder entschlossen bleibt, alle Kräfte, die die neue Ordnung vorbereiten, in den Dienst des Sozialismus zu stellen. Alle, die in den wirtschaftlichen Organisationen wirken, die Gewerkschaften gründen und leiten, die Genossenschaften fördern, die in den Gemeinden und in der Bewegung tätig sind, die im parlamentarischen Kampfe dem Feinde begegnen und innerhalb der Bewegung, wo der Feind seine Waffen schmiedet, das rote Banner aufrollen — alle sind sie Soldaten einer Armee, Mitkämpfer desselben Kampfes und Brüder in derselben Hoffnung. (1897.)

### Sozialismus und Nation.

Wenn man sagt, die soziale und internationale Revolution beseitige das Vaterland, was will man damit sagen? Behauptet man, die Umwandlung einer Gesellschaft müsse sich von außen her und durch eine äußere Gewalt vollziehen? Das wäre die Verleugnung des ganzen sozialistischen Gedankens, der erklärt, daß eine neue Gesellschaft nur entstehen kann, wenn ihre Elemente schon in der gegenwärtigen Gesellschaft vorbereitet worden sind. Daher wird die revolutionäre, internationale, allgemeine Aktion notwendig das Kennzeichen der nationalen Tatsachen tragen. Sie wird in jedem Lande besonders Schwierigkeiten bekämpfen können, über besondere

### Die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam.

Amsterdam, 31. Juli. In der heutigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses teilte der Vorsitzende mit, daß verschiedene Abgeordnete am Sonnabend abzureisen wünschen und daß daher die Debatte eingeschränkt werden müßte. Er teilte ferner mit, daß die französische Regierung nunmehr den italienischen Delegierten Käse bewilligt hat.

Bei der Verhandlung über den Bericht der Statutenkommission wurde gutgehört, daß die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung von jedem an den Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Land verbürgt wird.

Als Ziele des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden bezeichnet:

1. Förderung der Interessen und Bestrebungen der an den Bund angeschlossenen Organisationen auf nationaler und internationaler Grundlage.
2. Förderung der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung in den nicht angeschlossenen Ländern.
3. Förderung der vereinigten Allianzen in allen Fragen von gemeinsamem Interesse für die Gewerkschaftsverbände.
4. Verhinderung des unehrlichen internationalen Wettbewerbs.
5. Die Schaffung von Fonds für Förderung oben genannter Bestrebungen und anderer Gewerkschaftsinteressen.

Es wurde vorgeschlagen, daß jede Delegation von dieser oder der nächsten Konferenz in das Bureau oder den Vollzugsausschuß oder für irgendeine Sonderaufgabe gewählt werden kann, die mit der zweijährigen Konferenz in Zusammenhang steht und daß dabei den Wünschen der noch folgenden Ländergruppen vertretenen angeschlossenen Länder Rechnung getragen werden soll: 1. Vereinigte Staaten von Amerika, 2. Mittel- und Südamerika, 3. England und die englischen Kolonien, 4. Belgien, Frankreich und Luxemburg, 5. Italien, Spanien und Portugal, 7. Rußland und die baltischen Provinzen, 8. Böhmen, Polen und Jugoslawien (Ungarn, Griechenland und Balkanstaaten), 9. Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen und Schweden.

Der Kongreß billigt den Vorschlag der Kommission. Es wurde beschlossen, daß die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes regelmäßig alle zwei Jahre, möglichst im Herbst, stattfinden soll. Der Antrag James-Amerika, wonach alle angeschlossenen Organisationen die Kosten für ihre Delegationen selbst tragen sollen, wurde mit 23 gegen 4 Stimmen verworfen und der Antrag der Kommission, daß jede angeschlossene Organisation einen Abgeordneten auf die Konferenz auf Kosten des Internationalen Gewerkschaftsbundes senden darf, gutgeheßen.

Die Kommission beantragte, daß die gewerkschaftliche Anteilnahme jedes Landes für je 200 000 Mitglieder oder einen Bruchteil in dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Stimme haben soll.

Darüber entspann sich eine erregte Debatte. Die Amerikaner und Engländer erklärten, daß damit ihre Interessen verletzt würden und daß sie sich, wenn dieser Antrag angenommen werden sollte, völlig zurückziehen würden. Die Sitzung wurde daraufhin ausgesetzt, um eine Verständigung zu erzielen.

### Telegrammwechsel zwischen Wien und Berlin.

Zwischen dem Staatskanzler Renner, der jetzt als Nachfolger Bauers die Leitung des Auswärtigen Österreichs übernommen hat, und dem deutschen Außenminister Müller hat ein Telegrammwechsel stattgefunden, in dem die Innigkeit der gemeinsamen Interessen in bezüglicher Weise betont werden.

Einstellung des Luftpostverkehrs. Der gesamte Luftpostverkehr ist wegen Mangel an Betriebsstoff seit Donnerstag mittags 1 Uhr eingestellt. Alle Betriebsstoffvorräte sind in den Händen der Schieber monopolisiert.

Mittel verführen: die Eigenkräfte der nationalen Geschichte, des nationalen Geistes. Die Stunde ist vorbei, da die Missetaten des Kommunismus für eine künstliche Blume hielten, die man nach Belieben in einem Klima, das ein Seltenererhandlung ausgewählt hätte, zur Blüte bringen könnte. Es gibt kein Maria mehr. Der Sozialismus trennt nicht mehr vom Leben, er trennt nicht mehr von der Nation; er bedient sich des Vaterlandes selbst, um es umzubringen und zu vergifteten. Ein abstrakter und anarchischer Internationalismus, der von allen Vorbedingungen des Kampfes, der Aktion und Entwicklung jedes einzelnen historischen Verbandes absehen würde, wäre nur ein noch erkünsteltes und altnobles Maria als jenes andere. (1912.)

### Die Stimme des Weltproletariats.

Die gesamte Arbeiterklasse Europas, die gesamte Arbeiterklasse der Welt wird erinnert an die Pflicht ihrer internationalen Einigung und ihrer internationalen Wachsamkeit. Es darf der Name des Weltproletariats nicht ein prunzendes Wort und ein leerer Schall sein. Es darf das internationale Proletariat nicht zu einer intermittierenden und oberflächlichen Wachsamkeit werden, die bloß in entfernten Zwischenräumen auf Kongressen oder durch Zirkularberichte des Internationalen Sozialistischen Bureau zur Wirkung gelangt. Es muß eine wirkende, ein wohlbekanntes, eine wachsame Macht werden, die stets imstande ist, die Ereignisse von vornherein zu kontrollieren und die Konflikte schon im Keime zu überwinden, deren Entwicklung zum Krieg führen könnte. Es liegt in diesen meinen Worten durchaus keine sozialistische Grobpropaganda. Wir sind nicht hier versammelt, um uns gegenseitig Trugschlüsse vorzulegen. Es ist uns beiderseitig bekannt, daß die kapitalistische Gesellschaft riesenhafte Mächte der Ziviltät, der gewaltigen Anarchie und erbitterten Gegensätze in sich birgt, die das Weltproletariat bei der immerhin ungenügenden Organisierung, bei der ungenügenden politischen Macht, zu der sie es bis jetzt gebracht hat, noch nicht mit Bewußtheit zu beherrschenden imstande ist. . . .

Entweder läßt sich die Arbeiterklasse verführen durch das Trugschlüssel nationaler Größe; sie läßt sich bestechen durch einen lächerlichen winzigen Anteil an der kapitalistischen und kolonialen Beute; und sie leistet abhandeln den Unternehmungen der Gewalt nur schwächlichen Widerstand. Oder die führenden Klassen verstehen es, den Konfliktsinn, der sich aus dem wirtschaftlichen Gegenlag ergeben hat, so zu verwerten, daß die Proletariat den Ursprung des Konflikts nicht mehr erkennen können. Oder, wenn sie auch schon mit klarerem Bewußtsein auftritt, so hat die Arbeiterklasse doch noch nicht eine genügende Handhabe am politischen Regierungsmechanismus, und ihre Opposition wird geschwächt durch alle die unsicheren und organisationslosen Elemente, die der Kapitalismus in freilich sozialistischen Arbeiter der verschiedenen Nationen zu getrennt voneinander; sie sind ohne Fühlung miteinander; wissen nichts voneinander; und wissen den Nutzen des einzig zum Ziele führenden internationalen Zusammenwirkens nicht genügend einzuschätzen. Und

### „Zweifellose sehr weitgehende Forderungen“ Ein alldeutsches Urteil über Ludendorff.

Der alldeutschen Presse verursacht die Veröffentlichung der Ludendorffschen Denkschrift gewaltiges Mißbehagen. Selbst ihr extremstes Organ, die „Deutsche Zeitung“ muß zugestehen, daß es sich hier um „zweifellose sehr weitgehende Forderungen“ handelt. Aber sie sucht eine Entschuldigung darin, daß sie ja nicht von einem verantwortlichen Politiker, sondern von einem Militär aufgestellt worden sind, der „naturgemäß die ganze Friedensfrage nur vom militärischen Standpunkt ansieht.“ Ebenso glaubt die „Deutsche Tageszeitung“ betonen zu müssen, daß die Ausführungen des Generalquartiermeisters nicht erfolgt sind unter dem Gesichtspunkt eines bindend abzugebenden Friedensgebotes, sondern lediglich von dem Standpunkt der militärischen Autoritäten aus.

Zugegeben, aber waren es nicht gerade jene Blätter, die sich jetzt in diesen Schlusswinkel zurückziehen, die während des Krieges wie die Löwen darum gekämpft haben, diese einseitige, rein militärische Betrachtungsweise der Regierung und der ganzen Öffentlichkeit aufzuzwingen? Haben sie nicht verfußt mit Hindenburg und Ludendorffs Autorität jeden totzuschlagen, der die Dinge vom politischen Standpunkt aus darzustellen bestrebt war? Und hat nicht Ludendorff selber diesen Kampf mit aller Zähigkeit geführt? Wir erinnern uns, daß wir zu jener Zeit im „Vorwärts“ einen Artikel veröffentlichten, in dem etwa gesagt war, daß ein hervorragender General trotzdem kein guter Politiker zu sein brauche, daß man für die Politik sich keiner militärischen, sondern einer politischen Führung anvertrauen müsse, wie ja auch umgekehrt das Heer nicht von Politikern geführt werde. Diesen Artikel hat die Ludendorffsche Militärgensur von 11 bis 3 verboten! Es wurde eben damals von Ludendorff alles darauf angelegt, die Dinge nur nach dem Willen der Militärs und unter ihrem einseitigen und beschränkten Gesichtswinkel zu regeln.

Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt Ludendorff noch damit beibringen zu können, daß sie schreibt:

Waren damals die Ansprüche der Obersten Heeresleitung an den Frieden im Westen, wie sie in der Ludendorffschen Denkschrift niedergelegt sind, in der breitesten Öffentlichkeit bekannt geworden, so ist es sicher, daß sich ihrer eine tiefe Niederbegehrtheit bemächtigt hätte, weil das ganze Volk in ihnen ein Zeugnis unserer Schwäche und einen Beweis für die Erschütterung unserer Lage erblickt hätte.

Diese Behauptung ist das Gratesfeste, was wir erlebt haben. Man vergleiche sie mit dem Geständnis der „Deutschen Zeitung“, daß Ludendorffs Programm „zweifellose sehr weitgehende Forderungen“ aufgestellt habe. Enttäuscht gewesen wäre höchstens ein halbes Duzend alldeutscher Annerkennungsschreier, die bereits die deutschen Grenzen am Ural und an den Uralen absteckten! Das deutsche Volk hätte durch Veröffentlichung der Denkschrift den schreienden Gegensatz zwischen den öffentlichen Bekenntnissen der Regierung und ihrem heimlichen Tun erfahren, es wäre wohl enttäuscht gewesen über die Art, wie die Michaelis und Ludendorff es belogen hatten, sonst über nicht!

### Fortdauer des Nürnberger Zeitungsstreiks.

Der Streik der Setzer und Druckereiarbeiter dauert fort, so daß schon jetzt den vierten Tag in Nürnberg keine Zeitungen erscheinen.

da ihnen die Gewißheit fehlt, daß sie auch jenseits der Grenze Bundesgenossen finden werden, so erheben sie sich wehmütig ihrem Schicksal. Dem ist nun so. Nicht allen Stürmen kann der Einspruch der Arbeiterklasse ein Ende machen. Zwar erschütternd und gewaltig erhebt sich schon die Stimme des Proletariats über den Weltkreis, die das ewige Losen kriegerischer Unruhe bewegt. Doch aber kann diese Stimme nicht alle Worte widerhallen, die der Klang der Schillerischen Glocke mit sich führt. Wohl hören wir auch aus ihrem Ruf die Worte: „Vivos voco, mortuos plango.“ (Ich berufe die Lebenden und klage über die Toten.) Noch nicht aber darf sie rufen: „Fulgura frango.“ (Den Donnerkeil zerplatze ich.) Noch bleibt eine ungeheure Aufgabe der Erziehung und Organisierung zu lösen übrig. . . . (1905.)

### Der Krieg verbindet die Revolution.

Hebrail leimt die Saat der Revolution. Wie unvorsichtig wäre der Zar, wenn er einen europäischen Krieg selbst entfesseln oder entfesseln lassen würde! Wie unvorsichtig wäre auch die österreichisch-ungarische Monarchie, wenn sie der blinden Wut ihrer Herrkassen und militaristischen Partei nachgeben und zwischen sich und Serbien Nichtwiedergutmachendes schaffen würde! Auch sie trägt in sich Konfliktstoffe, denen sie wohl kaum widerstehen würde. Unter jedem Regime der Unterdrückung und der Privilegienherrschaft ist der Boden unterminiert. Und wenn die Erschütterung des Krieges eintritt, wird es manchen Zusammenstoß und Zusammenbruch geben. (24. Juli 1914.)

### Notizen.

— Die Planwirtschafts-Dokumente. Die Original-Dokumente der Roellendorff-Bischöpschen Planwirtschaft sollen jetzt in zwei Hefen der „Deutschen Gemeinwirtschaft“ (Eine Schriftenreihe in Eugen Diederichs Verlag, Jena) zugänglich gemacht werden. Es handelt sich um die vielgenannte, ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmte „Denkschrift“, die hier mit allen Beilagen authentisch herausgegeben wird, sowie um zwei Reden, in denen Bischoff und Roellendorff ihren Standpunkt ausführlich darlegen.

— Musik. Heinz Anger wird mit dem Philharmonischen Orchester am 13. September im Beethornsaal die erste Sinfonie von Mahler und am 19. September in der Philharmonie das Lied von der Erde von Mahler zur Aufführung bringen.

— Zwei Schriften über Jaurès sind in deutscher Sprache erschienen. Wir bringen sie heute wieder in Erinnerung; denn ihr praktische politische Arbeit leistet, muß sie kennen. Die eine ist verfaßt von R. Beer: „Jean Jaurès, Sozialist und Staatsmann“ (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin), die andere von Victor Schiff: „Die Stimme aus dem Grab“ (Buchhandlung Vorwärts, Berlin). Beide sind reich an Ausschnitten aus den Schriften und Reden Jaurès.

— Die Schriftstellerin Anna Wotho ist in Leipzig, 61 Jahre alt, gestorben. Ihr Feld war das bürgerliche Familienblatt, dem sie eine große Anzahl Unterhaltungsromane schrieb.

# Der Abschluß des Verfassungswerks.

(Schluß aus der Beilage.)

Hg. Dr. Braun (S.): Den berechtigten Ansprüchen der Angestellten wird Rechnung getragen. Betriebsräte können nicht in Gruppen geschieden werden; denn sie haben das gesamte Unternehmen zu beaufsichtigen und dessen Gesamtinteressen wahrzunehmen.

Hg. Dr. Singheimer (Soz.): Alle Gruppen des Reichswirtschaftsrates müssen das Recht haben, sich, wenn die von ihnen eingebrachten Vorlagen im Reichstage beraten werden, dort vertreten zu lassen.

Ein einheitliches Arbeitsrecht ist nötig; deshalb ist zu vermeiden, namentlich durch so spät eingebrachte Anträge, diese Einheitlichkeit zu stören.

Reichskommissar Dr. Preuß: Es kommt nicht darauf an, ob der Reichswirtschaftsrat sich durch ein oder mehrere Mitglieder im Reichstage vertreten läßt; wichtig ist nur, daß die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates durch Vermittlung der Regierung an den Reichstag kommen.

Hg. Dr. Raumann (Dem.):

Die Angestellten können tatsächlich nicht mit den Arbeitern in eine Reihe gestellt werden. Die prinzipiell neuen Punkte, die in dem Artikel enthalten sind, verlangen, daß wir ihn stärker durcharbeiten auf den Gesichtspunkt hin, ob er für jedermann eine größere Menge Kulturgüter

hervorrufen als das bisherige System. Wir müssen zur Verantwortlichkeit erziehen, und das vermag dieser Artikel. Wir haben ein tüchtiges Stück Entwicklung des deutschen Volkes geschaffen. (Beifall bei den Demokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Artikel 162, Absatz 4 erhält auf Antrag Spahn folgende Fassung: „Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetze sowie von grundlegender Bedeutung sind von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes im Reichstage einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstage vertreten lassen.“ Die übrigen Änderungsvorschläge zu dem Artikel 162 werden abgelehnt.

Es folgen die „Uebergangs- und Schlußbestimmungen“. Artikel 163 bis 178. Die Hg. Dr. Stahl (D. Sp.) und Philipp (Dnat. Sp.) treten für den Antrag Heine (D. Sp.) und Genossen auf Streichung des Artikels 164 ein, der die Familien von ehemaligen deutschen Landesherren

von der Wahl zum Reichspräsidenten ausschließt.

Die namentliche Abstimmung ergibt die Streichung des Artikels 164 mit 199 gegen 141 Stimmen. (Große Unruhe links.)

Zur Annahme gelangt auf Antrag Spahn (S.) ein Art. 169a: „Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes nach Art. 135 bleiben die bisherigen auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften bestehen.“ Ferner wird auf Antrag Loebe, Gröber, Schäfer ein Artikel 169b angenommen: „Bis zum Erlaß des in Artikel 148 Abs. 2 vorgesehene Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat die Gebiete des Reichs, in denen eine noch bestimmten nicht gekannte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“ Auf Antrag Loebe, Hoch, Gröber, Dr. Spahn gelangt ein Artikel 172a zur Annahme, der als Artikel 170a eingereiht wird und bestimmt: „Alle öffentlichen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht sind auf diese Verfassung zu vereidigen. Das Nähere wird durch Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt.“

Regierungskommissar Dr. Preuß hat dazu die Erklärung abgegeben, daß durch diesen Artikel die Bestimmungen über die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten

(Artikel 129) nicht geändert werden. Zu Artikel 173 (Verabschiedung der Verfassung) gibt

Hg. Loebe (Soz.) im Auftrage seiner Partei eine Erklärung ab. Nach verschiedenen Abstimmungen im letzten Beratungsabschnitt, im besonderen die Abstimmung über die Bergwerksfrage, die Wirtschaftsräte und die Wahl der Landesherren die Erscheinung eines gegen die Sozialdemokraten stimmenden bürgerlichen Blocks gezeitigt hätten. Die erwähnten Abstimmungsergebnisse erwecken bei den Sozialdemokraten die schwersten Bedenken gegen die Annahme der Verfassung. Sie erteilen ihre Zustimmung zu der Verfassung nur in dem Vertrauen darauf, daß die lebendige Entwicklung härter

sein wird als die die entgegenstehenden papierernen Hindernisse. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, demonstrativer Beifall bei der Rechten.)

Ministerpräsident Bauer:

Durch Ihre eben beendete Abstimmung ist die Verfassung der deutschen Republik in Recht und Gültigkeit getreten. Sie ist die wahre Geburtsurkunde des Staatswesens,

das von nun an Form und Träger des deutschen Volkswesens bilden soll. Eine neue Zeit beginnt, möge es auch eine bessere sein. Heute setzen wir den ersten Fuß wieder auf festen Boden nach einem fast fünfjährigen Marsch durch das Meer von Blut, Schweiß und Entbehrung. Wir gehören zusammen, weicher Partei und Weltanschauung wir auch angehören, und zusammen müssen wir das neue staatliche Leben beginnen. Nicht einmal in dieser feierlichen Stunde können wir den tiefen Nihilismus verhehlen, den durch unser Volk geht. Krieg, und Friedenserfolge haben uns auseinandergebracht. Wir stehen in parteipolitischer Gegnerschaft, aber es ist mit Pflicht und Bedürfnis, heute auch einmal von dem anderen zu sprechen.

Wir sind auch Landleute, Muttersbräute, Deutsche.

(Lebhafter Beifall.) Wir stehen in einer unüberwindlichen Schicksalsgemeinschaft, wir können gar nicht auseinander, selbst wenn wir wollten, selbst wenn uns der Friedensvertrag nicht wie eine unüberwindliche Fessel aneinander schmiedete. Heute haben Sie in voller Freiheit einen neuen unüberwindlichen Vertrag geschlossen. Das Volk hat ihn durch Sie geschlossen mit sich selbst in freier Abwägung der Rechte und Pflichten.

Aus den Händen des Volkes haben Sie Ihr Mandat empfangen, in seine Hände legen Sie nun das politische Geschick der Republik. Es ist mein und Ihrer aller inbrünstiger Wunsch, daß es die Grundlage des neuen Aufstieges für die einzelnen und für die Gesamtheit sein möge. (Beifall.) Ich glaube an Deutschland und Sie alle müssen an seinen unüberwindlichen Stern glauben, sonst hätten Sie es nicht unternehmen können.

Artikel 173 gelangt danach zur Annahme.

Die Gesamtstimmabstimmung über die Verfassung erfolgt namentlich, sie ergibt die Annahme der Verfassung mit 282 gegen 76 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmen die Deutsche Volkspartei und die Unabhängige sozialdemokratische Partei.

Präsident Fehrenbach:

Das Verfassungswerk ist also angenommen. (Lebhafter Beifall.) Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Minister des Innern Dr. David:

Ein großes Werk, groß nach seiner Bedeutung und nach dem Maß der Arbeit, die an ihm geleistet wurde, haben Sie zum Abschluß gebracht, und da gebührt ein Wort des Dankes den Männern, die in erster Reihe an dem Zustandekommen mitgearbeitet haben. Die Mitglieder des Verfassungsausschusses, die Vertreter der Landesregierungen und der Reichsregierung dürfen gewiß sein, daß, so kritisch teilweise auch die Kritik vielleicht urteilt, doch eine sachlich urteilende Nachwelt eine gerechte Würdigung ihrer Arbeit aussprechen wird. Besonderer Dank und Anerkennung gebührt

dem Verfasser des Entwurfs,

meinem Amtsvorgänger Herrn Dr. Preuß. (Lebhafter Beifall.) Er mag den heutigen Tag als einen persönlichen Ehrentag ansehen (Beifall), als den Tag, wo die überaus sachkundige und pflichteifrige Arbeit, die er an diesem Werk geleistet hat, einer glücklichen Vollendung entgegengegangen ist. Im Namen der Reichsregierung spreche ich ihm den Dank aus. (Lebhafter Zustimmung.)

Gebieten Sie mir noch ein paar Worte der sachlichen Würdigung dieses Werkes. Mit der Verabschiedung der Verfassung hat die Nationalversammlung die zweite große Aufgabe, die ihr gestellt war, gelöst. Die erste war die Herstellung des Friedens. Erst mit Beendigung des Krieges wurde die Voraussetzung geschaffen, um den Frieden auch im Innern zu schaffen. Diesem Ziel eines inneren Friedens soll das Verfassungswerk in erster Linie dienen. Es sei

ein Friedenswort

im besten Sinne des Wortes. Das innere politische Leben unseres Volkes hat mit ihm neue feste Rechtsnormen gefunden. Anstelle des in den Tagen der Revolution rasch zusammengegerimmten Notgesetzes tritt nun ein wohlüberdachter staatsrechtlich festgestützter Neubau. In seinen Manern soll das nationale Dasein unseres Volkes wieder größere Ruhe gewinnen, soll das Volk wieder zu geordnetem Lebensfrieden führen gelangen. Die neue Verfassung findet scharfe Kritiker auf der Rechten dieses Hauses und der äußersten Linken, aber auch ihnen wird die neue Verfassung gerecht. Sie hindert sie nicht, ihre politischen Lehren zu vertreten, sie gibt ihnen die Möglichkeit, auf legalem Wege die Umgestaltung in ihrem Sinne zu erreichen, vorausgesetzt, daß sie die erforderliche Mehrheit des Volkes für ihre Anschauungen gewinnen. Damit entfällt jede Notwendigkeit politischer Gewaltsmethoden.

Der Wille des Volkes ist das oberste Gesetz.

Der den Willen des Volkes für seine politische Auffassung und Ziele gewinnt, der gewinnt das Recht, das Steuer des Reiches zu führen. Die Bahn ist frei für jede gesetzliche friedliche Entwicklung. Das ist der Hauptwert einer echten Demokratie. In dem Maße, wie dieser Hauptwert von uns erkannt wird, wird sich die neue Verfassung bewähren als der härteste Fortschritt des inneren Friedens. (Beifall.) Wohl wird eingeworfen, daß die politische Demokratie nur Schein sei, solange wirtschaftliche Abhängigkeit Millionen Volksglieder hindert, ihren politischen Willen zur Kenntnis zu bringen. Man verweist auf den Gegensatz zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen, man weist darauf hin, wie hieraus der wirtschaftliche Kampf entspringe, der den wirklichen inneren Frieden ausschließt. Niemand kann die Augen verschließen vor dieser Quelle scharfster politischer Gegensätze, aber auch hier soll die neue Verfassung den Weg zum Frieden bahnen, nicht nur die politische, auch die wirtschaftliche Demokratie ist in ihr verankert.

Das wirtschaftliche Organisationsystem wird den feindlichen

Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit

überwinden. Damit fällt auch das Hausrecht als wirtschaftliches Kampfmittel. Das deutsche Volk hat als erstes den Wegweiser zum sozialen Frieden in seine Grundrechte aufgenommen. Im Kriege hat sich eine Flut von ehrenkränkelnden Angriffen auf den deutschen Namen ergossen. Die neue Verfassung wird nicht nur uns mit Selbstvertrauen und Stolz erfüllen, sie zeigt auch von deutschem Wesen und deutschem Können. Wir laden die fortschreitenden Geister der Welt ein, dieses Werk zu prüfen. Niemand in der Welt ist die Demokratie konsequenter durchgeführt als in dieser Verfassung. Wir haben das demokratische Wahlrecht und wir haben zum ersten Male die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau. Die deutsche Republik ist fortan die demokratische Demokratie der Welt.

Wäge das neugetisch errichtete Haus dazu beitragen, das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit bei allen seinen Bewohnern zu stärken. (Beifall.) Wäge es überall den Willen der Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande nähren, soweit die deutsche Bunge klingt. (Beifall.) Die Rot des Krieges, die schwere nachfolgende Zeit haben den Lebenswillen des deutschen Volkes nicht gebrochen. Wäge dieser Wille härter werden durch diese Not, härter als zuvor im Wirken und Aufstieg unseres Volkes und in der Arbeit für die höchsten nationalen und Menschheitsgüter der Kultur. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Fehrenbach

wies auf die Weisheit des Augenblicks hin, der das deutsche Volk zum friedlichsten Volk der Erde mache. In Zukunft muß alle politische Gewalt in Deutschland von der nach der dem freiesten Wahlrecht gewählten Vertretung und in den wichtigsten Fällen vom Volke selbst ausgeht werden. Wäge es sich stets der Verantwortung bewußt sein und sich erfüllen lassen vom

Drange zur Arbeit

und dem Geiste zur Ordnung und in der Sonne der Freiheit möge unser Volk von der Gegenwart den Weg finden zu den höchsten Höhen, wo die Freiheit der oberste Leitzern ist, wo die Liebe zum Nächsten die gesellschaftlichen Zustände regelt und wo es im Wettbewerb seine Kräfte nur anspannt für Wohlfahrt, Bildung und Gerechtigkeit. (Stürmischer Beifall.) — Nächste Sitzung Freitagvormittag.

Schluß gegen 9 Uhr.

## Gegen den Terror.

### Sozialdemokratische Protestversammlungen

Was die unabhängigen Ständemacher am 21. Juli mit brutaler Gewalt verhindert hatten, ist gestern abend glänzend gelungen. In sieben stark besuchten Versammlungen veranschaulichten unsere Parteigenossen eine Rundgebung gegen Gewaltfrieden und Imperialismus. Aber im Hinblick auf den Kampf, den die Unabhängigen vor zehn Tagen mit Bierfeldern und Stuhlbeinen gegen unsere Parteigenossen führten, gestalteten sich die gestrigen Versammlungen natürlich auch zu lebhaften Protestkundgebungen gegen Terror und Bruderkampf. Zwar waren auch Unabhängige erschienen, aber sie befanden sich meistens in der Minderheit und traten nur in der Diskussion hervor. In zwei Versammlungen kam es zu Lärmzügen, verursacht durch unabhängige und kommunistische Schreier. Aber auch diese Versammlungen konnten zu Ende geführt werden.

### Gewerkschaftshaus.

Die Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ nahm einen prächtigen Verlauf. Der große Saal war überfüllt, auch unabhängige und Kommunisten waren in ziemlicher Anzahl erschienen. Das Referat hielt der Genosse Artur Fidler, der länger als eine Stunde die gespannte Aufmerksamkeit der Versammlung feigte.

In seinem Referat legte er die Entwicklung der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung klar und begründete, warum es der Internationale unmöglich war, den Krieg zu verhindern. Er wies die Zwangsläufigkeit im Verhalten der sozialistischen Parteien auf und geteilte das Verbrechen der reaktionären deutschen Regierung, die das Volk belogen und betrogen und nach einem Tamel von Illusionen in den Abgrund geführt hat. Die Revolution hat dieses System beseitigt; das Proletariat ist als entscheidende Macht in den Vordergrund der Weltgeschichte getreten. Reif sein für die historische Aufgabe ist jetzt alles!

Nach langanhaltendem Beifall begann eine angeregte Debatte, die in der Mehrzahl von Unabhängigen und einem Kommunisten bestritten wurde. Es muß anerkannt werden, daß dabei allseitig das Bestreben die Oberhand behielt, die Eigenart in würdiger und sachlicher Form zu behandeln. Die eingebrachte Resolution wurde gegen eine verschwindende Minderheit mit lautem Beifall angenommen. Ein brausendes Hoch auf die internationale Sozialdemokratie beschloß den würdigen Verlauf der Versammlung.

### Germania-Säle.

In den vollbesetzten Germania-Sälen sprach Genosse Heilmann scharf und treffend kritisierte er das Verhalten der Unabhängigen in der Friedensfrage. Man sagt, eine radikalere Regierung hätte einen besseren Frieden bekommen. Nun, Deutschland hat keinen Scheidemann, sondern einen Otto Bauer, der den Bolschewiki nachsieht. Deutschland hat keine Rotgarde, braucht sie auch nicht, weil die Arbeiterklasse dort so schlau war, sich nicht von einigen Literaten auseinander reißen zu lassen (Brausen der Beifall), und das ist Österreich ein noch schlimmerer Frieden auferlegt worden als uns. Wir kämpfen gegen den Gewaltfrieden der Entente, aber nicht mit Gewalt, sondern mit Vernunft und Aufrichtung, nicht Macht, sondern Recht. Wenn auch bei uns der Sozialismus verfaßt, wie in Rußland und Ungarn, dann ist der Sozialismus für die nächsten 100 Jahre vernichtet. Vorwärts mit der Demokratie für den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion kamen auch Unabhängige und Kommunisten zum Wort, doch waren ihre Ausführungen nur schwach und unhaltbar und wurden von unserem Referenten in seinem Schlußwort glänzend widerlegt. Die Versammlung, die einen schönen und würdigen Verlauf nahm, stimmte der Resolution einstimmig zu.

Im vollbesetzten Saale der

### Böhlow-Bräuerei

sprach Genosse Heine. Scharf rechnete er mit den Uebernehmern unseres Herdes ab. Die Arbeiterklasse muß in dieser Frage einzig sein. Trotz aller Spaltungen darf nicht ein Teil sich schüßend vor Herrn v. Gräfe stellen. Wenn in den nächsten Tagen die Dokumente über die Vorgänge, die zum Zusammenbruch führten, veröffentlicht werden, dann wird selbst Redner nicht mehr sagen: „Ich habe die Revolution gemacht.“ Das ist das Gefährliche, daß die U. S. P. heute verspricht, was kein Gott im Himmel erfüllen kann. (Stürmischer Beifall.) Wir haben jetzt zusammengehört, dann kommen wir zu dem Ziel, das wir uns aufgestellt haben. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion kamen Redner aller Parteien zu Wort. Bei Annahme eines Schlußantrages leisteten der Aufforderung eines Unabhängigen, den Saal zu verlassen, ca. 25 Mann Folge, während der große Teil seiner Genossen nicht nur nicht den Saal verließen, sondern auch für die Resolution eintrat, die nach einem kurzen Schlußwort einstimmig angenommen wurde.

### Bayenhofer Bräuerei.

Der Referent, Genosse Dr. Caspari, untersagte das Gebaren der imperialistisch-kapitalistischen Unterdiplomatie einer scharfen Kritik. Die Diplomatie der sozialdemokratischen Reichspartei in Deutschland sei die richtige gewesen; die Unabhängigen seien uns in die Arme gefallen. Hätten wir in diesen ersten Tagen in Deutschland ein einziges geschlossenes Proletariat gehabt, so hätte sich die Entente gehäutet, und einen derartigen Frieden aufzuzwingen. Unter stürmischem Beifall erklärte der Redner, es müsse sozialistische Politik getrieben werden. Es gelte, den Kampf zu führen gegen rechts und links. Stürmischer Beifall lohnte den Redner.

In der Diskussion behauptete der alte Parteimitglied Genosse Ewald aus tiefster Herlichkeit und Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Nachdem die Resolution gegen 2-3 Stimmen angenommen war, schloß der Vorsitzende mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie.

### Heinrichs Festhalle.

Nachdem der Referent Genosse Heller das Wort erhalten hatte, verurteilten einige Unabhängige die Versammlung zu hüten. Der Redner rechnete unter dem Beifall der Versammlung mit der Haltung der Unabhängigen am 21. Juli und in der Friedensfrage ab. (Die Unabhängigen verließen durch andauernde Zwischenrufe die Versammlung zu sprengen.) Bei den Ausführungen des Redners über die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie fiel von einem Unabhängigen der Zwischenruf: „Ihr habt ja den Krieg angezettelt!“ Auch die weiteren Ausführungen gestalteten sich zu einer Abrechnung mit der Politik der U. S. P. Der Redner sprach dann über den harten Friedensvertrag und betonte, daß nur ein geeinigtes Proletariat gegen den Gewaltfrieden ankämpfen könne. Wir hoffen nicht auf die Weltrevolution, sondern auf den Geist der internationalen Arbeiterklasse.

Ein Redner der U. S. P. versuchte in der Diskussion vergeblich die Kritik der Unabhängigen zu verteidigen. Er rief auf stürmischen Widerspruch der Versammlung. Durch das Verhalten der U. S. P.-Reihe wurde es dem Genossen Heller unmöglich gemacht, sein Schlußwort zu halten.

### Brachtale Moabit.

Vor etwa 1200 Besuchern referierte Genosse Busch. Obwohl die heutige „Arbeit“ ihre Parteigenossen von dem Besuch unserer Versammlung abgeraten hat, war doch eine größere Anzahl von Unabhängigen und Kommunisten erschienen, die für jetzt verstanden, die Versammlung in der widerlichen Weise zu stören. Trotz allem Rabau konnte sich Genosse Busch mit kräftiger Stimme durchsetzen. Sein Referat fand bei unseren Genossen großen Beifall. Von der anderen Seite wurde großer Tumult gemacht. Nach der Diskussion zog sich die Lärmmacher unter atemlos und Niederrufen auf Rufe und Hochrufen auf die Internationale aus dem Saal zurück.

### Charlottenburg.

Die im Volkshaufe abgehaltene Versammlung war stark besucht. Unter lebhaftem Beifall sprach der Referent, Genosse Krüger, die Stellung unserer Parteigenossen zu dem Gewaltfrieden, der durch sozialistisches Handeln des internationalen Proletariats zu einem gerechten, die Völkerverbrüderung gewöhnlichen Frieden umgewandelt werden müsse.

Die Versammlung nahm einen ungeführten Verlauf.

Die Resolution, die in allen Versammlungen angenommen wurde, erklärt den Gewaltfrieden der Entente für das schwerste Hindernis der sozialistischen Entwicklung, verurteilt das Treiben der früheren deutschen Reichsregierung und wendet sich zum Schluß scharf gegen die Kampfweise der Unabhängigen und Kommunisten, die „unter Betätigung der alten Grundsätze der Sozialdemokratie und der politischen Gestaltung der Arbeiterklasse die Einigkeit und Stichtkraft des Proletariats zerföhrt und damit Wasser auf die Mühlen der Reaktion treibt.“

# Verbandstag der Buchbinder.

Würzburg, 30. Juli 1910.

## Dritter Verhandlungstag.

Die Schlussworte über die Geschäftsberichte nahmen auch noch den größten Teil des heutigen Verhandlungstages in Anspruch. Verbandsvorsitzender Kloth verteidigte seine Anschauungen in fast dreistündiger Rede. Als Verbandsvorsitzender und Redakteur habe er nur eine solche Politik betrieben, hinter der der Vorstand gestanden sei. Seine Artikel in bürgerlichen Zeitungen hätten den Interessen der Arbeiter nicht widersprochen. Es sei keine Sünde, in einem bürgerlichen Blatt proletarische Forderungen zu vertreten. Kloth lehnt sowohl die von der Opposition als auch die von der anderen Seite eingebrachten Entschlüsse ab. Er habe nicht an seinem Posten, wenn er auch ungern scheide; er könne aber seine Tätigkeit nicht mit einer solchen Resolution belastet ausüben. Da sei es besser, man trenne sich. Er habe seine Pflicht erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Kassierer Haueisen-Berlin erklärte sich mit der Tätigkeit Kloth's solidarisch. — Der Ausschuhvorsitzende legte nochmals den Standpunkt des Ausschusses gegenüber der Tätigkeit Kloth's dar.

Den Schlussworten folgten lange persönliche Bemerkungen. Mit 59 Stimmen (bei 104 Delegierten) wurde die Abstimmung über die beiden vorliegenden Resolutionen ausgeführt bis nach Erledigung des Punktes: „Unsere Lohnbewegungen.“ Die Opposition war gegen die Hinausschiebung der Abstimmung.

Ueber die „Stellung der Gewerkschaften nach der Revolution, ihre Stellung zum Rätesystem und ihre zukünftigen Aufgaben“

verbreitete sich sodann Verbandsvorsitzender Kloth-Berlin. Er trat für die Sozialisierung ein und betonte, daß ohne Arbeit die Volkswirtschaft nicht wieder aufgebaut werden könne. Der Wirklichkeit des Sozialismus seien von vornherein große Widerstände entgegengetreten, sie könne nur langsam erfolgen. Die Arbeitsgemeinschaften seien so lange notwendig, bis die Betriebe sozialisiert sind. Wer keine Arbeitsgemeinschaft wolle, wolle auch keine Tarifverträge. Erkläre sich der Verbandstag gegen die Arbeitsgemeinschaft, sei der Buchbinderverband darin nicht vertreten. Die Betriebsräte müßten in inniger Fühlungnahme mit den Gewerkschaften stehen. Redner verweist auf die Beschlüsse des Gewerkschaftsalltagestages zu dieser Frage. Die Betriebsvertrauensleute sollten die Grundlage für die Betriebsräte bilden. Die Gewerkschaften seien auch nach der Revolution die Vertreterin der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter.

Das Korreferat zu diesem Punkte wird morgen entgegengenommen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Lohnbewegung der Holzarbeiter.

Hinsichtlich der Löhne, welche die Holzarbeiter jetzt befolgt haben, nachdem die auf den Abschluß eines Reichstarifs gerichteten Verhandlungen durch die Schuld der Unternehmer gescheitert sind, schreibt die „Holzarbeiterzeitung“:

„Die Dinge stehen nun so, daß auf das Zustandekommen eines Reichstarifs für absehbare Zeit nicht zu rechnen ist. Durch die Schuld der Arbeitgeber ist eine zentrale Verständigung unterblieben. Das kann natürlich nicht bedeuten, daß die Kollegen im Reich auf die Durchführung ihrer Forderungen verzichten. Der Verbandsvorstand hat sich seither große Mühe gegeben, die über das ewige Hinauszögern der zentralen Verhandlungen erbitterten Kollegen zurückzuhalten. Er konnte es nur durch den Hinweis auf den bevorstehenden Abschluß des Reichstarifs. Nun sind die Verhandlungen endgültig gescheitert und das hemmende Moment ist damit

fortgefallen. Es wird nun versucht werden, das, was auf zentralen Wege nicht zu erreichen war, durch örtliche Vereinbarungen durchzuführen. Damit ist bereits in zahlreichen Orten begonnen worden, auch schwere Verhandlungen, welche den Abschluß von Abkommen für ganze Bezirke zum Zweck haben.

Wir streben eine friedliche Verständigung mit den Unternehmern an. Die große Geduld, welche unsere Verbandsleitung den fortgesetzten Verschleppungsmanövern der Gegenseite gegenüber an den Tag gelegt hat, beweist das zur Genüge. Auch jetzt, wo die zentralen Verhandlungen durch die Schuld der Arbeitgeber gescheitert sind, stehen wir auf dem Standpunkt, daß Kämpfe nach Möglichkeit vermieden werden müssen. Das wird in sehr vielen Fällen auch möglich sein. Aber auch dort, wo jedes Entgegenkommen abgelehnt wird, darf ein solches Verhalten nicht ohne weiteres mit der Arbeitniederlegung beantwortet werden. Unser Verband wird die Kämpfe, die er aufnimmt, mit der gebotenen Energie durchzuführen; von der Kollegenschaft muß aber auch erwartet werden, daß sie die notwendige gewerkschaftliche Disziplin wahr.“

## Urlaub städtischer Arbeiter.

Nach einer Aussprache unter den Vertretern der Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins über die Gewährung von Urlaub an noch nicht urlaubsberechtigte Kriegsteilnehmer unter den Gemeindearbeitern hat der Magistrat von Berlin folgenden Beschluß gefaßt:

Nach § 19 des Tarifvertrages in Verbindung mit dem § 2 des Ruhegeldbeschlusses würde denjenigen Kriegsteilnehmern, welche vor ihrer Einberufung zum Heere nicht im städtischen Dienst waren, sondern erst nach ihrer Entlassung aus dem Militärverhältnis in einen städtischen Betrieb eingetreten sind, ein Urlaub in diesem Jahre noch nicht zustehen. Wir haben aber in Uebereinstimmung mit den Vorortgemeinden aus Billigkeitsgründen beschlossen, denjenigen neu eingetretenen Arbeitern, welche im Frontdienst gestanden haben und nach Rückkehr aus dem Felde vier Monate im städtischen Dienst tätig gewesen sind, einen Urlaub von 8 Werktagen zu gewähren, und zwar als einmalige, ausnahmsweise Maßnahme.

Wir machen die städtischen Arbeiter auf diesen Beschluß besonders aufmerksam. Da uns mitgeteilt wurde, daß in einzelnen städtischen Betrieben die Betriebsleitungen von diesem Beschluß anscheinend nichts wissen, wird es Sache der Arbeiterausschüsse sein, den in Betracht kommenden Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen.

**Hungerlöhne.** Wie uns mitgeteilt wird, werden an Angestellte der Firma L. Veichner noch unglaublich niedrige Löhne gezahlt. Eine 29-jährige Kontoristin erhält das fürsliche Gehalt von 140 M. pro Monat. Für eine 34-jährige Expedientin sind 185 M. pro Monat nach Ansicht des Herrn Unternehmers eine genügende Vergütung. Der Unternehmer behauptet sogar, daß man mit diesen 140 resp. 185 M. sehr wohl auskommen könne. Die angeführten Gehälter sind nicht etwa vereinzelt herausgegriffen, sondern die Vergütung aller Angestellten bewegen sich auf dem gleichen Niveau.

Unter diesen Umständen wird es nicht Wunder nehmen, daß die Angestellten sich an ihre Interessenvertretung, den Zentralverband der Handlungsgehilfen, wenden, um hier Abhilfe zu schaffen. Der Herr Veichner, für den die unwürdigen Zustände in seinem Unternehmen nicht existieren, ist aber, getreu seiner Auffassung, nicht in der Lage, von seinem Herrn-im-Haus-Standpunkt abzugehen und mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen zu verhandeln. Die Angestellten der Firma L. Veichner sind nicht gewillt, diese unwürdigen Zustände noch länger zu ertragen. Sie sind infolge der Unnachgiebigkeit des Unternehmers gezwungen, alle gewerkschaftlichen Mittel in Anwendung zu bringen, um auch für sich eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Sie sind der Auffassung, daß der Belust einer Firma nicht auf Kosten der Angestellten begründet sein darf.

Deutscher Werkmeisterverband. Für die Meister der Textilindustrie u. sonstigen Angestellten finden Besprechungen über Tarifverhandlungen am Freitag, den 1. August, abends 7 Uhr, im Oberlands Festsaal statt.

# Berichtszeitung.

Den ungetreuen Ehemann erschaffen. Wegen Mordes an ihrem Ehemann angeklagt war die Ehefrau Martha Bandt geb. Raad. Die die Angeklagte in ihren früheren Vernehmungen behauptet hatte, habe ihr Ehemann sich mit anderen Weibern herumgetrieben und nicht genügend für seine Familie gesorgt. Als sie vor einigen Wochen dahinter kam, daß ihr Mann wieder auf Abwege geraten war, und sie ihm deshalb Vorwürfe machte, soll er ihr, wie sie behauptet, in höhnischer Weise geraten haben, doch wieder Mittagstisch zu essen. Dies habe sie so in Wut verfaßt, daß sie einen Revolver, den sie ständig bei sich trug, um sich zu erschießen, hervorzog und ihren Mann erschoss. Vor Gericht teilte Justizrat Unger mit, daß die Angeklagte offenbar geisteskrank sei. Das Gericht beschloß deshalb, sie längere Zeit erst auf ihren Geisteszustand beobachten zu lassen.

## Das Verschweigen einer Krankheit als Entlassungsgrund.

Die Buchhalterin L. trat im Juli vorigen Jahres bei einem hiesigen Verlagsbureau in Stellung. Bei ihrem Eintritt befragte sie der Chef, ob sie auch gesund sei. Frä. L. konnte das bejahen, da sie seit Jahren niemals ernstlich krank gewesen war. Anfang Juni dieses Jahres erkrankte sie jedoch an der Lunge, worauf sie ohne Kündigung mit der Begründung entlassen wurde, daß sie beim Eintritt ihren krankhaften Zustand verheimlicht habe. Das Kaufmannsgericht sprach sich jedoch dahin aus, daß durch die Kranknahrung selbst der gesunde Mensch heruntergekommen sei und daß auch die Erkrankung der Klägerin hierauf zurückgeführt werden könne. Es verurteilte die Firma demgemäß zur Zahlung.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie, Moab. Heute Freitag 8 Uhr bei Tempelmann, Birken-Edel Wilhelmshavener Straße: Vortrag: „Die Konsumgenossenschaft als Vorbild für die sozialistischen Gemeinwirtschaft.“ Vereinsangelegenheiten.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche: Montag 7 1/2 Uhr Bezirk Tempelhof, Berliner Straße 92 im Rest. Bezirk Osten, Lichtenberg, Schornmeierstr. 60 im Rest. Donnerstag: Bezirk Westen: Charlottenburg, Kailer-Preisstr. 41 b im Rest. Freitag, den 5. August: Bezirk Norden, Uledomstr. 33 im Rest. Bezirk Süden, Neufeld, Reichstr. 8 im Rest. — Arbeiter-Radsportverein „Groß-Berlin“. Sonntag, 8. Aug., morg. 7 Uhr und nachm. 1 Uhr nach Rahnsdorf, Meiers Waldschloß. Start: Mariannenplatz. Nächste Versammlung Mittwoch, 6. Aug. bei Rathenow, Fortstr. 9. — Zeno-graphische Gesellschaft „Gabelberger“. Wilmersdorf, Berliner Str. 33, abends 8-10 Uhr. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Zentrum. Bezirksversammlung Montag 7 1/2 Uhr im Eilabethgarten, Eilabethstr. 30. Kamerad Bader: „Was bringt uns Uefern des Krieges der Frieden?“ Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Bezirk Mariendorf. Gemeinliche Mittheilungsverammlung Montag 8 Uhr bei Streiter, Ebniststr. 27. Bezirk Charlottenburg. Sonntag, den 8. August, vormittags 9 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Volkshauses, Köpenickerstraße 4: Bezirksversammlung. — „Die neue Reichsverfassung“, eine Klärung ihrer Grundlinien, die von Reichskommissar Prof. Bruch ausgearbeitet wurden, ist das Thema eines Vortrages der Sonnabend, den 2. August, abends 7 Uhr, in der Villaharmonie stattfindet, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung. Die Mitglieder der Nationalversammlung Dr. Pfeiffer, Raumann und Sinshelm werden außer dem oben genannten Herrn Professor Bruch sprechen.

Verantwortlich für Postamt: Arthur Rieder, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reinick; für Anzeigen: Theodor Giese, Berlin. Verlag: Bornstedt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstedt-Verlag, Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. Hierzu 1 Beilage.



# Weinbrand Cognac

# „Goldstück“

Jacob Stück Nachfolger Hanau  
Cognacbrennereien

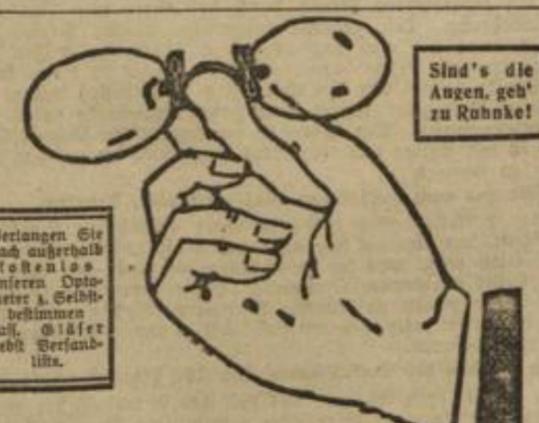
# Niemand ist so klug,



Jedem Kummer und Verdruß aus dem Wege greben zu können. Aber jenem lächeln, keinen nervös machenden Kummer mit schlecht passenden, oder schlecht passenden Augengläsern können Sie sich ein für allemal ersparen, wenn Sie nur Optiker Ruhnke's garantierte Augen-gläser tragen. Wir garantieren Zufriedenheit und tun alles für Sie, was überhaupt möglich zu machen ist. Wir halten, was wir versprechen, das beweist nachstehendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Ruhnke!  
Als Ihr langjähriger treuer Kunde (ich wohnte früher in Friedenau) möchte ich nicht verschweigen, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die aufmerksamste Bedienung, die ich wieder einmal in Ihrer

Geschäftshalle am Alexanderplatz erfahren habe. Die große Mühe, die sich zwei Ihrer Herren Angestellten bei der gewissenhaften (kostenlosen) Augenuntersuchung, bei der sorgfältigen Auswahl eines goldenen Fingerringelers und beim Schleifen der möglichst großen Sanstoppgläser gegeben haben, machen es mir zur angenehmen Pflicht, auch weiterhin Ihr dauernder Kunde zu bleiben und Ihre Firma in meinem Kreise bei jeder Gelegenheit zu empfehlen. Zeitgebendste Kulanz in Verbindung mit edigester Arbeitsleistung und möglichem Preise ist Ihr Geschäftsprinzip, eine Last, die in dieser schweren Zeit für ein Geschäft nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Hochachtungsvoll ergebenst  
A. D. . . . . Agl. Seminarlehrer.



Verlangen Sie nach außerhalb totenlos unsere Optometer & Selbstbestimmen Maß. Glasfert nach Veranlassung.

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

# Optiker Ruhnke

20 Geschäfte

- C. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße
- W. Leipziger Str. 113, Ecke Mauerstraße
- N. Chausseestraße 72, Invalidenstr. 164, Ecke Brunnenstraße
- NW. Friedrichstr. 150, Ecke Dorotheenstr. 150
- Schöneberg: Hauptstr. 21, a. Kaiser-Wilhelmpl.
- Friedenau: Rheinstr. 15, Ecke Rindstr. gegenüber der Kaiser-Eiche
- Wilmersdorf: Berliner Str. 122/33, an der U-Bahnstr.
- S. Köpenicker Damm 16, nahe Warenhaus Jandorf
- Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Richardstr.
- Spandau: Breite Str. 18, Neu!
- SW. Voss-Kulanz-Str. 4, am Hallschen Tor
- N. Schönhauser Allee 81, Postbahnhof Nordring
- Charlottenburg: Koenigsplatz 15, Ecke Marburger Straße
- Jochimsdhaler Straße 2, am Bahnhof Zoo.

Der Abschluß des Verfassungswerks.

Nationalversammlung zu Weimar

Sitzung vom Donnerstag, 31. Juli 1919.

Am Regierungstische: Bauer, Dr. David, Dr. Preuß, Roste, Dr. Well.

Präsident Hehenbach eröffnet die Sitzung. Auf Grund eines Berichtes des Abg. Siehr (Dem.) wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Wandorfer (Bayr. V.-Vd.) vor dem Standgericht München wegen Hochverrats und Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuches verweigert. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Wandorfer vor dem Landgericht Kempten wegen Vergehens gegen das Vereinsstrafgesetz wird erteilt.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird bei dem gestern zurückgestellten Artikel 18 (Ländertrage) fortgesetzt.

Abg. Ullrich (Z.):

Die Regelung der Ländertrage durch die Fassung des Artikels bei der zweiten Lesung hat nicht befriedigt. Zum Beschluß einer Gebietsänderung sollen drei Ränfel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich sein. Wir hoffen, daß damit eine Grundlage in dieser schwierigen Frage gefunden ist, die allen berechtigten Wünschen entgegenkommt, insbesondere hoffen wir, daß auch die bedrohten Gebiete, wie z. B. Oberschlesien dadurch die Möglichkeit gewinnen, im Verband des Deutschen Reichs zu bleiben.

Abg. Hofmann (Soz.):

erwartet eine Erklärung der preussischen Regierung, daß sie einer großzügigen Lösung der Thüringischen Frage nichts in den Weg legt.

Abg. Hampe (Dnat.) tritt für die Bildung eines selbständigen Niederösterreich ein.

Abg. Heile (Dem.):

Nicht auf dem Wege gewaltsamer und bürokratischer Regelung, sondern in Anlehnung an die lebendigen Kräfte des deutschen Volkes müssen wir versuchen, zu einer organischen Gliederung zu kommen. Deshalb wird auch der preussische Staat sich entschließen müssen, einen Teil seiner Bestandteile dieser Gliederung zum Opfer zu bringen. Wenn es möglich wäre, alles das, was jetzt nicht preussisch ist,

in dem preussischen Staat aufgehen zu lassen, dann würde ich auch damit einverstanden sein; aber dieser Weg ist nur einmal nicht gangbar, er würde Mißbräulichkeit und Partikularismus hervorgerufen und schließlich würde sich gegenüber dem norddeutschen Block ein süddeutscher bilden, später möglicherweise einmal unter Führung Österreichs, und so hätten wir statt der Einheit eine Zersplitterung.

Abg. Graf Dohna (D. Vp.):

Es wäre wohl richtiger gewesen, zu der endgültigen Gestaltung dieses Artikels alle Parteien zuzuziehen. So haben es wieder einmal die Parteien der Mehrheit in einer Art Klausur gemacht. Dadurch wird mindestens der Verdacht hervorgerufen, daß die beteiligten Parteien sich da durch gegenseitige Konzessionen parteilich Vorteile sichergestellt haben. (Sehr richtig! rechts.) Im übrigen ist die Fassung des Kompromisses sehr wenig durchsichtig.

Abg. Dr. Philipp (Dnat. Vp.):

Wir erblicken in dem Kompromiß eine wesentliche Verschlechterung des Beschlusses der zweiten Lesung, er ist der Vereinfachung des Reichs ungünstiger als die frühere Fassung. Unsere Bedenken dagegen bestehen jetzt dagegen in verstärktem Maße.

Abg. Koch-Rassel (Dem.):

Nach unserm Standpunkt ist die Gliederung Deutschlands nicht vom preussischen oder bayerischen oder gar vom rheinischen oder hannoverschen Gesichtspunkt, sondern

lediglich vom deutschen Gesichtspunkt aus

zu behandeln. Wir wollen allerdings den Unitarismus, aber nicht die Zentralisation; wir verwechseln nicht das Reich mit Berlin.

wir erreichen das Ziel des Einheitsstaates dadurch, daß die Unabhängigkeit des Reichs systematisch erweitert wird. Dem unitarischen Standpunkt entspricht es, daß wir das Erfordernis eines verfassungsändernden Reichsgesetzes für die Gebietsänderungen an die Spitze gestellt haben. Das Kompromiß ist eine Verbesserung und Klärung des Art. 18. Wir sind keine Partikularisten, auch keine Großpreußen, sondern Deutsche. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Hörsing (Soz.):

Es ist gefagt worden, man könne Oberschlesien von Preußen loslösen, ohne Hochverrat zu begehen, das ist ein Jurium, die gesetzlichen Bestimmungen besetzen noch, auch die über

Gesch. und Landesverrat.

Ich stelle aber auch fest, es gibt in Oberschlesien keine große Bewegung in dieser Richtung, höchstens eine, die Oberschlesien zu einer selbständigen Republik machen will. Sie wird aber getragen von einer Handvoll Kapitalisten, Industrieller und Großgrundbesitzer (Hört! hört!) Oberschlesien weiß ganz genau, wieviel großer Schaden es für die arbeitenden Massen und den Mittelstand wäre, von Preußen losgelöst zu werden, daß sie damit unter die Schirmherrschaft der Polen oder der Entente kommen würden. Die Bevölkerung würde der Gefahr mit allem ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen wissen. (Beifall.)

Preussischer Minister des Innern Heine:

Nach den Worten, die zur Begründung des neu eingebrachten, in der Tat überreichenden Antrages gebraucht worden sind, muß ich als Vertreter Preußens mit einer gewissen Ausführlichkeit auf diese Fragen eingehen. Der eingebrachte Kompromißantrag ist kein Fortschritt gegen die Fassung der zweiten Lesung. Das hat zu große Bedenken, daß zu einer Gebietsänderung drei Ränfel der abgegebenen Stimmen verlangt werden, während es nach dem Entwurf der zweiten Lesung drei Ränfel der eingetragenen Wähler sein sollen. Die soll dann auch der Wille der Bevölkerung festgesetzt werden, die gegen den Willen des gesamten Volkes des betreffenden Landes losgelöst werden will? Wenn Sie nur eine kleine Mehrheit, vielleicht gar eine Zweidrittelmehrheit von einer Stimme für sich hat? Für einen Ausnahmefall ist das viel zu wenig. Stimmungen und gelegentliche Zufälle dürfen hier nicht entscheiden. Wir kommen nicht weiter, wenn wir die Diskussion allzu lange fortsetzen. Auch diese Bestimmungen der Verfassung müßten

troz aller Schwäche und betrübten Unbrauchbarkeit

einmal angenommen werden. Ueberhaupt wird die Verfassung in vielen Punkten bereits in nächster Zeit revidiert werden müssen.

Kun zur ober-schlesischen Frage. Diese Ruhe nach Sonder-Republik angedacht. (Rufe: Angeht! Bewegung.) Jedoch, angeblich immerhalb des Deutschen Reiches werden zu häufig laut, so daß schließlich die Gefahr entsteht, das Publikum könnte daran als etwas Unabänderliches glauben. Bei der allgemeinen Verwaltungsreform, die auf Zentralisation und Selbstverwaltung hinausgeht, plant Preußen längst eine rechtsstatutarische Autonomie der Provinzen, soweit sie mit einer zentralisierten Verwaltung vereinbar ist. Für Oberschlesien haben wir dann sogar noch Rücksprache mit seinen Abgeordneten

ein Stück Verwaltungsreform vorweggenommen.

Das war aber gewissen Kreisen noch immer nicht genug; sie verlangten sofort eine selbständige Provinz oder einen selbständigen Staat, andernfalls würde es zur Abstimmung für Polen kommen. Das ist die Art, wie man immer

mit Handgranaten

vor uns hintritt. Wenn wir jedem Rat, der uns erteilt wird, folgen wollen, hätten wir jeden Tag etwas anderes zu tun. (Sehr richtig!) Die selbständige Republik, gebildet aus dem preussisch gebliebenen Gebiet, wäre eine lächerliche. Ich warne nochmals vor der Bildung solcher selbständigen Republiken, auch im Rheinlande, wo dem vom Feinde besetzten linken Ufer auch noch rechtsrheinisches Gebiet angegliedert werden soll. Selbst Dorten erklärt ja, er wolle innerhalb des Reiches bleiben. Glaubt einer, daß er es ehlich meint? (Rufe.) Wir wollen doch offen und ehrlich

uns. Jetzt habe ich tiefer und tiefer diese enge Verknüpfung erkannt, die Masse und Masse zusammenschweißt, da ein weit verästelttes Herrschertum die Achtung vor allen Gewalten verbreitet. Dieses Bewußtsein bringt mir eine hochspornende Tröstung, es ist ein Leben wie dem meinigen trefflich angepaßt.

Da die Abendsonne untergeht, lese ich mit meinen Augen diese Tröstung der Gewalt und diese Gewalt der Tröstung ab, und ich bewundere sie. Zur Niederung steigen wir alle hinab, hingehend über diese Felder, in denen der stille Weizen blüht, hingehend durch diese Gärten, durch diese Weidenwege und Reihen der häuslichen Bäume, die eben im Begriffe sind, ihre Früchte vollkommen zu reifen. Die duftende Blüte, die sich versteinert. Die Frucht, die sich ernsthaft spendet. Das Himmelblau allein liegt nur noch in Blüte, und darunter liegen die Feldertristen mit ihren ungeheueren Steppen, und mit ihren braunen Lauffengungen, die schon nächtlich verhäult werden.

Ein Rindlein kommt vom Brunnen. Es hat den Eimer eine Weile abgesetzt und ruht am Begrande, gleich einem Reitensteine unbeweglich, und mit allen Augen betrachtet es und starrt es. Es betrachtet mit strahlender Neugierde die Menge, die an ihm vorüber wandert. Weil alles das so regelrecht hindert, kann auch das winzige Rindlein diese Unermehlichkeit erfassen. Ein Bauer hat trotz des Festes gearbeitet. Eben war er noch gebeugt über die Finsternisschollen seines Ackers. Jetzt erhebt er sich vom Erdenreide, das ihm ähnlich ist. Dem Goldsonnenlichte wendet er das Schauspiel seines Gesichtes zu.

Aber wer ist dieser Mann, der sich dort wie ein Wahnsinniger mitten in den Weg pflanzt, als wollte er der Menge ganz allein die Straße versperren? Wir erkennen Brissille. Betrunknen ist er und er schwankt in der Dämmerung. Ein Großen und Geschäum sprüht von ihm aus. Er heult, und man hört nur seine Stimme, und er schreit: „Wißt Ihr, wo das hinausgeht? Wohin das alles geht? Das geht zum Abgrund! Zum Abgrund geht die alte, verkaufte Gesellschaft, zum Abgrund die Profitgier der Mächtigen, zum Abgrund die Dummheit der Dummköpfe! Zum Abgrund! Morgen! Paßt nur auf, morgen!“

Eine Frauenstimme schreit aus der Verwirrung und aus dem Dunkel:

„Galt's Maul, Du Lump, Du machst einem bloß Angst!“

Aber der Betrunkene schreit weiter aus voller Kehle:

„Morgen! Morgen! Glaubt Ihr denn, daß das immer so weiter gehen kann? Ihr seid bloß noch gut zum Kreptieren!“

Die Leute, denen dies Gerede mächtig nahe geht, machen

Kämpfen und ihm herausfagen, daß seine Pläne gegen das deutsche Volk und Vaterland sind. (Beifall.) Das Verhältnis Preußens zum Reich sollen wir nicht vom Standpunkt der eifersüchtlichen von Reich und Preußen und der einzelnen Ressorts untereinander behandeln. Das Reich muß eine

einheitliche und gemeinsame Verwaltung

erhalten, die Gesetze überall gleichmäßig angewendet werden. Die Beamten der Länder sollen sich fühlen als Beamte eines großen und gemeinsamen Körpers. Dabin wirkt unsere Verwaltungsreform. So wie in Preußen muß damit auch in allen Bundesstaaten vorgegangen werden. Wenn demgegenüber von preussischen Anhängern geltend gesprochen ist, so weise ich das als unberechtigt, den Tatsachen nicht entsprechende Auffassung mit äußerstem Nachdruck zurück. Die vielen Einzelstaaten werden auch eine außerordentliche Verteuerung des Verwaltungssystems bedeuten. Das altpreussische Verwaltungssystem ist das Billigste gewesen, das es je in der Welt gegeben hat. (Lebhafte Hörtrufe rechts und in der Mitte.) Jedoch, es läßt sich nicht bestreiten, daß das demokratisch-republikanische Verwaltungssystem viel mehr Gelder

fordert (Erneutes Hörtr. Hörtr. rechts, Unruhe links), dafür hat es aber auch erhebliche Vorzüge, da es die Möglichkeit der Entwicklung der inneren Kräfte bietet. (Lebhafte Beifall links.) Nicht man fegen aus Preußen heraus zur Gründung von gegen Preußen stehenden Kleinstaaten, dann dient man der Einheit nicht. Nehmen Sie den Art. 18 in der neuen Fassung an; er möge aber nur in Anwendung gebracht werden, wenn wirkliche Interessen des Reiches in Frage kommen. (Lebhafte Beifall.)

Reichskommissar Dr. Preuß:

Die Stimmenmehrheit der Wähler ist in den Antrag hineingekommen gerade wegen der dadurch ermöglichten Zustimmung Bayerns und Preußens. (Lebhaftes Hörtr. links.) Die Aufassung, daß eine Stimme zu schwerwiegenden Änderungen genüge, stimmt ebenfalls nicht; der Antrag spricht von drei Ränfeln der abgegebenen Stimmen; ferner von der Mehrheit der Wähler und endlich von einem Reichsgesetz. Das sind ausreichende Sicherungen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt die Beratung der zurückgestellten Artikel 74 und 76 (Vollstetischeid und Verfassungsänderung). Nach kurzer unerheblicher Aussprache wird ein Antrag Waldstein (Dem.) Dr. Meyerle (Z.), Ragenstein (Soz.) angenommen auf Einfügung eines Art. 75a:

„Durch den Vollstetischeid kann ein Beschluß des Reichstages nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt.“

Angenommen wird ferner ein Kompromißantrag Waldstein (Dem.) und Genossen, wonach im Art. 76 bestimmt wird, daß, wenn auf Volksbegehren durch Vollstetischeid eine Verfassungsänderung beschlossen werden soll, dazu die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist. Endlich wird noch ein Antrag Dr. Meyerle (Zentr.) angenommen, wonach Art. 76 einen zweiten neuen Ably erhält:

„Hat der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung angenommen, so darf der Reichspräsident dieses Gesetz nicht verkünden, wenn der Reichsrat binnen zwei Wochen den Vollstetischeid verlangt hat.“

Darauf geht das Haus zu dem

dritten Abschnitt der Grundrechte,

„Religion und Religionsgesellschaften“ (Art. 132—138) über. Abg. Kahl (D. Vp.): Wir beantragen zu Art. 134 den Zusatz, daß, wenn sich mehrere öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verbands zusammenschließen, auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist.

Die Anträge Kahl werden angenommen. Art. 134 berechtigt ferner die Religionsgesellschaften, ihre Mitglieder auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten zu besteuern. Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Z.) wird hinzugefügt: „Nach Maß-

sich in den Abend davon. Der noch mit dem düsteren Verdriisten weitertrötet, meint: „Er ist nicht nur gemein, er ist auch wahnsinnig, das Schwein ist!“

Der junge Wikar sagt: „Es ist eine Schande!“

Brissille torfelt auf ihn zu: „Weißt Du vielleicht, was noch kommen wird, Du Jesuit, Du Hampelmann, Du Linksanwalt? Man kennt Dich, Dich und Dein dreißiges Gistmischergegendel!“

Sag das noch einmal!“

Ich selber habe das geschrien. Ich lasse den Arm Mariens, es treibt mich etwas gegen Brissille und ich pflanze mich vor diesen düsteren Menschen hin. Erst ein Murmel des Entsetzens, nachdem der Schmied derart gelästert hat. Und dann wird es ganz still ringsum auf der Straße. Plötzlich wird das Gesicht des Schmiedes kreidebleich, er duckt sich ein, er wendet sich ab, er zieht sich zurück.

Man erholt sich, man lacht, man beglückwünscht sich, man schimpft hinter dem Manne her, der in die Wirteltiefe zurücktaucht.

Als ich Marien wieder untersuche, zittert sie leicht und sie sagt: „Du hast etwas sehr Schönes getan!“

Als wir heimkehren, bin ich noch ganz fortgerissen von meiner mutigen Tat, und stolz und frohlich. Ich habe der Stimme des Plutes gehorcht. Das war der große treibende Schwung der Vorkfobren, der mir die Hände zusammengeballt und mich mit aller Wucht, einer Waffe gleich, gegen den Feind der Gesamtheit geschleudert hat.

Nach dem Abendbrot gehe ich natürlich zum Papsenstreich. Aus unentschuldbarer Gleichgültigkeit habe ich das bisher vernachlässigt, obwohl diese Kundgebungen von Joseph Bonas und seinem Verein zur Revanche veranstaltet worden sind. Wer dabei war, den durchschauerte es laut und leuchtend, besonders die jungen Leute wurden von Begeisterung für die großen Ruhmestaten in der Zukunft ergriffen. Und Böfroll, der in der ersten Reihe unter den Menschenmassen stand, die sich durch die Hauptstraßen drängten, stampfte mit Riesenschritten einher. Das grellrote Licht der Feuerwerksballons flutete über ihn, und es schien, als stecke er in einer roten Märchenuniform.

Ich erinnere mich, daß ich an diesem Abend auf der Straße und bei uns im Hause mit vielerlei Leuten gesprochen habe. Unsere Straße ist ein wenig wie alle Großstadtstraßen, ein wenig wie alle Landstraßen, ein wenig wie alles all überall. Unsere Straße ist das verkürzte Abbild aller Menschenverbindungen auf der alten Erde, ebenso wie mein Leben das Abbild des ganzen Lebens ist.

(Fortf. folgt.)

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse.

Verdeutsch von Max Hochdorf.

Der gute alte Pastor will nun den Leuten, die ihm aufmerksam zuhören, auch noch seine Meinung verzapfen, und er sagt: „Ja, man darf vor allem nicht lästern. Ei, wenn's keinen lieben Gott gäb, dann könnt man ja anders reden. Aber da es einen lieben Gott gibt, so ist alles im Leben mit Anbetung hinzunehmen, wie der Herr Erzbischof gesagt hat. Gewiß, man hat noch vieles besser zu machen. Armut, öffentliche Katastrophen, Krieg, man muß das noch abschaffen, man muß das alles noch abschaffen, na ja! Aber laßt uns unt machen! Mißt Euch bloß nicht rein, Kinderchen, Ihr könnt sonst alles verderben! Wir werden das alles schon machen, aber nur nicht zu hastig!“

Im Chor sagt man und einstimmig: „Ja, ja!“

Der Greis fährt fort: „Was, mit einem Schlag glücklich sein, das Unglück in Freude verwandeln, die Armut in Reichtum verwandeln mit einem Schlag! Seht, Kinder, das ist einfach nicht möglich, und ich werd' Euch sagen, warum. Wenn das so einfach wär, dann hätt' man's schon lange gemacht. Nicht wahr?“

Wieder läuten die Glocken. Auf dem Glockenturm schlägt es vier Uhr. Schon wird der Turm von Dämmerlicht gestreift, aber das Abenddunkel trifft ihn ja erst zuletzt. Die Kirche singt noch einmal im Gottesdienst, die Kirchenversammlung hebt noch einmal ihr Reden und Beten an.

Dann steigen die hohen Herrschaften wieder in den Sattel oder in die Kutse. Sie eilen davon. Uniformen schimmern, es blüht golden. Auf dem Hügelabhang, der bedeut ist von unseren Toten, entfaltet sich der Zug der Mächtigen des Tages. Aufwärts eilen sie und verschwinden. Wir, wir gehen abwärts. Aber wir alle, ob wir nun oben sind, oder ob wir nun unten sind, wir sind alle im Dunkel der Nacht zu der gleichen, sichtbaren Masse aufgeballt.

Maria sagt: „Das ist schön, man möchte meinen, daß sie über uns fort galoppieren!“

Sie sind der glänzende Vortrag, der uns beschläft, sie sind der große, ewige Rahmen, der das Vaterland zusammenhält, sie bilden die Kräfte der Vergangenheit, die das Vaterland erleuchten und verteidigen gegen die Feinde und gegen die Aufwiegler. Und wir, wir sind ihnen ähnlich, trotzdem unsere Seelen so verschieden sind. Die Größe unserer gemeinsamen Sorgen verbündet uns. Sogar die Winzigkeit unserer selbstischen Zwecke verbündet

gabe der landesrechtlichen Bestimmungen. Mit diesen Änderungen wird Art. 134 angenommen.

Zum Art. 135, wonach die auf Gesetz, Vertrag oder besondere Rechtsmittel beruhenden Staatsleistungen an Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden, befragt Abg. Dr. Kahl (D. Sp.), daß auch die auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen abgelöst werden können. Der Antrag wird jedoch, nachdem der Abg. Kagenstein sich dagegen erklärt hat, durch Auszählung mit 171 gegen 148 Stimmen abgelehnt.

Um 1 1/2 Uhr verlag das Haus die weitere Beratung auf nachmittags 8 Uhr.

### Nachmittagsitzung.

Um 3 1/4 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Beratung wird fortgesetzt mit Abschnitt 4: Bildung und Schule (Art. 130 bis 147). Die Artikel werden gemeinsam zur Beratung gestellt.

### Unterstaatssekretär Schulz:

Zwischen den drei großen Parteien ist eine Verständigung über die Schulfrage zustande gekommen. Ueber Sinn und Tragweite dieser Verständigung habe ich im Auftrage der Regierung und der Antragsteller folgendes zu erklären:

Ueber den Grundgedanken des Artikels 148, wonach sich auf einer für alle gemeinsamen Grundschule das mittlere und höhere Schulwesen organisch aufbauen soll, sind sich die drei Parteien einig. Ein nimmher von den drei Parteien beantragter neuer Absatz schafft demgegenüber die von dieser Norm abweichenden Schulformen. Als solche werden angesehen die

### Vollschulen bestimmter religiöser Bekenntnisse

und die rein weltlichen Schulen, in denen Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt wird. Diese Schulen sollen innerhalb der Gemeinden errichtet werden können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Voraussetzungen sind 1. ein ordnungsmäßiger Antrag einer ausreichenden Zahl von Erziehungsberechtigten der Minderheit und 2. die Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbetriebs. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so muß dem Antrag stattgegeben werden. Wer als Erziehungsberechtigter angesehen ist, wieviele zu einem Antrag notwendig sind, wieviel Schulen einzurichten sind und in welcher organisatorischen Form, das soll die Landesgesetzgebung regeln, aber nicht nach eigenem Ermessen, sondern nach Richtlinien, die durch ein Reichsgesetz aufzustellen sind. Dieses Reichsgesetz soll nach dem übereinstimmenden Wunsche der drei Parteien und der Regierung baldmöglichst

### noch im Laufe des nächsten Winters

erlassen werden. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes soll es bei der bestehenden Rechtslage bleiben. Parteien und Regierung sind sich auch darin einig, daß bei der reichsgesetzlichen Regelung solche Landesbeschlüsse, in denen Schulen aller Bekenntnisse (Simultanschulen) durch Gesetz und Ueberlieferung eingebürgert sind, besonders berücksichtigt werden sollen.

### Zur Frage der Privatschulen

Ist zwischen dem Zentrum und uns eine Verständigung zustande gekommen. Die Demokraten haben sich dieser Verständigung nicht angeschlossen. Aber darin sind sich alle drei Parteien einig, daß kein Mißbrauch mit Errichtung von Privatschulen getrieben werden darf. Der Resolution Weuermann, wonach für den Fall, daß infolge des Auf- und Ausbaus der staatlichen Schulen private Schulen der Auflösung verfallen oder schwere wirtschaftliche Schädigungen erleiden, die

### Gewährung einer angemessenen Entschädigung

vorgesehen wird, steht die Regierung wohlwollend gegenüber. Besonders Schulen, z. B. solche für Handel und Gewerbe, für Stenographie, für Sprachen usw. fallen unter diese Bestimmungen nur, soweit sie öffentliche Schulen sind; soweit das nicht der Fall ist, verbleibt es für sie bei dem bestehenden Rechte.

### In Art. 145 haben wir die

### Vollschulspflicht für alle besonderen Lehrgegenstände

gestrichen, aber nur deshalb, weil er sich aus den beiden anderen Sätzen, Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht, ganz von selbst ergibt. In Art. 146 soll nach unserem Antrag die Teilnahme am Religionsunterricht demjenigen überlassen werden, „der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat“. Endlich sind sich Regierung und antragstellende Parteien noch über den in Art. 140 festgelegten Begriff der „Lehrerbildung“ einig, und zwar dahin, daß darunter nur die Bildung der Lehrer an Volksschulen, mittleren und höheren Schulen zu verstehen ist, nicht die Bildung von Gemeindevorständen und besonderen Fachlehrern; ein Sondervermerk, z. B. der an einer Fachschule Unterricht erteilt, ist nicht ein Lehrer im Sinne des Art. 140. Bei der im Art. 141 vorgesehenen Schulaufsicht durch sechs männlich vorgebildete Beamte handelt es sich natürlich nur um die technische Aufsicht im eigentlichen engeren Sinne des Wortes. Die getroffenen Vereinbarungen werden gewiß nicht allen Wünschen gerecht; aber es geht nun mal nicht anders; wir müssen in solchen Fragen gegenseitige Duldung üben und unsere Eigenart achten. Mängel auf dieser Grundlage unser Volk zusammenzuführen werden im Sinne der Liebe zur Heimat, im Sinne des Geistes des deutschen Volkstums, im Sinne der Pflege und Stärkung des Willens zur staatlichen Gemeinschaft. (Beifall.)

Abg. Hofmann (Ludwigshafen (Zentr.)): Die Erziehungsschule muß über die Berufsschule gestellt werden; die Konfessionsschule als Erziehungsschule ist unser Ideal; hier hoffen wir weiteres Gebiet zu erobern.

Abg. Schiffer (Dem.): Wir glauben, daß die Gegenstände in der Schulfrage durch das Kompromiß sowohl abgemildert sind, daß uns das Zusammengehen ermöglicht worden ist. Die Grundlage für eine ruhige Einwirkung zu verbreitern, das ist für uns der ausschlaggebende Gedanke gewesen. (Beifall.)

Abg. Nimm (Dnat. Sp.): Das Wesentliche ist immer die Lehrpersonlichkeit, erst in zweiter Linie kommt das Programm. (Zustimmung.) Der Redner begründet ferner den Antrag Weuermann (Dnat. Sp.) und Genossen, wonach zur Aufhebung kommende oder schwere wirtschaftliche Schädigungen erleidende Privatschulen auf Grund des demnächst herauskommenden Reichsschulgesetzes eine angemessene Entschädigung gewährt werden soll.

Abg. Dr. Kuntel (D. Sp.) bedauert, daß seine Partei zu den Beratungen über die Schulfrage nicht zugezogen worden ist.

### Unterstaatssekretär Schulz:

Wir beurteilen es stets, wie wir es auch früher getan haben, wenn in der Schule die Gefühle Anderdenkender verletzt werden. Die behauerliche Schärfe des Satzes, der heutige Tag sei

### der Sterbetag der Einheitschule,

beruht auf einem falschen Schluß. Wir wollen lediglich die Einheitschule des sozialen Gedankens im Gegensatz zur nationalen Einheitschule. In der Staatschule einer staatlichen Organisation, die auf der Demokratie aufgebaut ist, muß auch der Erziehungsberechtigte den maßgebenden Einfluß auf die Erziehung der Jugend erhalten. Sie wird dadurch keine Parteischule. Die neue Schule erfüllt ja, wie alleseitig anerkannt ist, eine ganze Reihe von Forderungen der Lehrerschaft.

Abg. Kunert (L. Sp.): Das neue Kompromiß ist nicht geeignet, uns zu einer anderen Stellungnahme zu veranlassen. Es zerstückelt die künftige Einheits- oder Arbeitsschule.

Abg. Groeber (Z.): Der Abg. Hofmann hat nicht im Auftrage unserer Fraktion und ohne Kenntnis der Fraktion gesprochen. (Wort. Beif.) Wir erblicken in dem Kompromiß ein Friedenstwerk, das überflüssige und gefährliche Kämpfe auf dem Schulgebiet vermeiden kann.

### Abg. Kagenstein (Soz.):

Wenn eine ungünstigere Lage für die Privatschule befürchtet wird, so ist allerdings die

öffentliche Schule das Ziel unseres Strebens.

Darum soll aber nicht die berechtigte Privatschule durch schändliche Auslegung gerädert werden. Das Ergebnis des Kompromisses wird es bei einigem guten Willen ermöglichen, auf dem Boden der gemeinsamen Arbeit und des allgemeinen Volkswohls die Schule weiter zu entwickeln.

Abg. Dr. Nuppe (Dem.): Aus rein sachlichen Gründen stimmen wir für das Kompromiß. Bezüglich der Privatschulen sind wir nicht zur Verständigung gelangt.

Darauf wird die Debatte geschlossen.

Der Abschnitt 4 (Bildung und Schule) wird in der Fassung der Kompromißanträge angenommen, ebenso die Resolution Weuermann (Z.) betreffend Entschädigung für Privatschulen. Bei Artikel 45 Absatz 1, wonach in allen Schulen sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erstreben ist, wird auf Antrag des Abg. Nimm (Dnat. Sp.) über das Wort „Völkerverständigung“ getrennt abgestimmt; für die Streichung des Wortes erheben sich nur die Deutschen nationalen und einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei. (Gelächter und lärmende Zurufe bei den Sozialdemokraten: Kriegsscheißer! Kriegsgewinnler!)

Es folgt der fünfte Abschnitt der Grundrechte, Artikel 148 bis 162, über das „Wirtschaftsleben“.

Im Artikel 150 (Eigentum) wird auf Antrag Dr. Heinge (D. Sp.) und Genossen dem Absatz über Enteignung der Sache hinzugefügt: „Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen.“

### Abg. Huer (Soz.)

spricht gegen den Antrag Spahn (Z.) und Genossen. In dem Artikel 162 (Verteilung und Nutzung des Bodens) den letzten Satz „Private Regale und Nutzungrechte sind aufgegeben“ zu ändern in „Private Regale sind im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen“. Diese Änderung würde

### die Sozialisierung verschleppen.

Der Redner empfiehlt dagegen den Antrag Kuer (Soz.) und Genossen: „Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sind in Gemeineigentum zu überführen. Private Regale und Nutzung sind auf den Staat zu übertragen. Das nähere bestimmt die Gesetzgebung.“ Diese Regelung würde nicht nur den Forderungen der Sozialdemokraten entsprechen, sondern darüber hinaus den

### Wünschen der Bodenreformer

und weiter hürgeklärter Kreise entgegenkommen. Was die Rutter Natur in die Erde hineingelegt hat, gehört dem Volke. (Beif. Beifall links.)

Abg. Göttsch (Dem.) wendet sich gegen den Antrag Kuer. Man soll sich auch hüten, durch Werbearbeit für solche Gedanken die Unternehmungslust zu schwächen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Philipp (Dnat. Sp.) bekämpft ebenfalls den Antrag Kuer.

Abg. Dr. Gahn (L. Sp.): Wir stimmen für den Antrag der Reichssozialisten. Den gegen die Fassung vorgebrachten Bedenken kann durch das in dem Antrage verlangte Gesetz entsprochen werden.

Abg. Que (Soz.) verweist ebenfalls auf die Sondergesetzgebung. — Das Wort „Nutzungen“ des Antrages Kuer wird auf Antrag Kagenstein (Soz.) in „Bergwerksverleihungen“ geändert.

Die Abstimmung über den Antrag Kuer ist zweifelhaft und wird durch Auszählung (Hammelsprung) vorgenommen. Dabei ergibt sich die Ablehnung des Antrages mit 170 gegen 152 Stimmen. Das Ergebnis wird mit stürmischen Pfuirufen bei den Sozialdemokraten aufgenommen. Rechts ertönen Bravourrufe. Einzelne sozialdemokratische Abgeordnete sprechen in größter Erregung auf demokratische Abgeordnete ein. Es entsteht ein großer Lärm.

Präsident Behrensbach rügt das Pfuirufen bei Abstimmungen und bittet dringend um Ruhe.

Der Streikungsantrag Arnstadt wird ebenfalls abgelehnt. Der Antrag Spahn wird mit großer Mehrheit angenommen.

Artikel 158 erhält auf Antrag Spahn (Z.) die Fassung: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorbeugung gegen die wirtschaftlichen Folgen und Alter, Schwäche und Waisensfälle des Lebens wesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“

Zu Artikel 162 (Räteystem) bemerkt Abg. Schneider-Sachsen (Dem.): Die Angestellten legen Wert darauf, daß ihnen die Möglichkeit einer Sondervertretung ihrer Interessen gegeben wird.

Abg. Dr. Desbrück (Dnat.): Wir sind der Meinung, daß neben den Arbeiterausschüssen besondere Angestelltenausschüsse errichtet werden müssen.

Abg. Roenen (L. Sp.): Wir werden dem Kompromiß, das zwischen den Reichsparteien in dieser Frage abgeschlossen ist, nicht zustimmen. Der Arbeiter wird heute noch dem Regier behandelt: Willst du nicht dem Kapitalismus zu Diensten sein, so schlaße ich dir den Schädel ein. Die Arbeiter, die im Schützengraben haben bluten müssen, die die Fesseln ihrer Kameraden sich haben um die Ohren fliegen lassen müssen, werden Ihnen das nie vergessen.

Präsident Behrensbach: Das gehört nicht zur Sache. Ich rufe Sie nunmehr zur Sache. (Unruhe und Lärm bei den L. Sp. Frau Riez ruft: Das ist zur Sache!)

Abg. Roenen (fortfahrend): Die Empörung, die Entrüstung, der Jorn der Arbeiter hallt sich zusammen zu einer lodernen Flamme des Hasses gegen Sie.

Präsident Behrensbach: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache und mache Sie aufmerksam, daß Ihnen beim dritten Male ohne Debatte durch das Haus das Wort entzogen werden kann.

Abg. Roenen (fortfahrend): Große wirtschaftliche Organisationen der Arbeiter (Redner verliest die Liste derselben) haben sich schon zusammengeschlossen, um gegen dieses Gesetz Front zu machen.

Abg. Gahn protestiert gegen die Geschäftsführung durch den Präsidenten; dieser verbittet sich die Kritik.

Auf einen weiteren Protest gegen die angeblich ironische Art des Präsidenten erklärt

Präsident Behrensbach: Sie haben nur das Recht, sich gegen den Präsidenten zu wenden, wenn er einen Ordnungszustand erzielt hat. Dann können Sie an das Plenum appellieren, sonst steht Ihnen das Recht der Kritik an seiner Geschäftsführung nicht zu.

### Arbeitsminister Schilde:

Das kommende Gesetz wird Arbeiter und Angestellte in besondere Gruppen teilen, die für alle je selbst berührenden Fragen zuständig sind. Die Betriebsräte aber sind an wirtschaftlichen Fragen beteiligt, die die Einstellung, Kündigung usw. beide in gleichem Maße betreffen. Solche Bestimmungen sollen durch Gesetz geregelt werden, in die Verfassung gehören sie eigentlich nicht. (Schluß auf der 3. Seite des Hauptblattes.)

# Groß-Berlin

## An die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins!

Der Arbeiter-Turnerbund Groß-Berlin veranstaltet am 8. und 24. August im deutschen Stadion Berlin-Grünwald zwei große Turn- und Sportfeste.

Wir möchten der Arbeiterschaft Groß-Berlins den Besuch dieser Feste bestens empfehlen, dieses um so mehr, als auch die bürgerlichen Organisationen dieser Richtung zurzeit eifrigt bestrebt sind, alle Kreise der Jugend an sich zu ziehen.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

## Zoo-Jubiläum.

Der Berliner Zoologische Garten wurde heute vor 75 Jahren eröffnet. Aus kleinen Anfängen stieg er in langsamem Wachstum auf. Zuerst in den sechziger und dann seit den neunziger Jahren gelangen ihm Schritte zur Größe. Sein Ältester war Alexander von Humboldt, sein erster tüchtiger Leiter dreißig Jahre nach der Gründung Dr. Bodinus. Die Blüte, an der die letzte Generation ihre Freude gehabt hat, war das Werk des Königs und der Arbeit des Zoologen Dr. L. Ged und des kaufmännischen Organisationsmannes H. O. Wehner. Wie schwer die Kriegszeit diesen Tiergarten, der groß dastand unter seines Gleichen, geschädigt hat, ist keinem Besucher entgangen. Sicher wird noch geraume Zeit dauern, bis die Schäden ganz ausgeglichen sein werden. Day aber mit voller Kraft diesem Ziele zugestrebt wird, dafür bürgen die Männer, denen diese Einrichtung, die zugleich der Wissenschaft, dem Bildungswillen und dem ausdauernden Erholenden dient, anvertraut ist. Wir betonen ihre Bedeutung als vollständigste Bildungsanstalt und sind gewiß, daß ihre Leiter die Aufgaben, die das neue Bildungsdrängen des Volkes ihnen bald stellen wird, verstehen und lösen werden.

## Reichsvertierungsamts gegen Spritschieber.

Dem Reichsvertierungsamts ist es durch seine Organe gelungen, einen großen Schwundel mit Spritschneidern aufzudecken. Es handelt sich um ein Objekt von 42000 Litern aus Heeresbeständen. Die sämtlichen Urkunden und Unterlagen, die für die Auslieferung nötig waren, waren von einem Schieberkolonialamt derart gefälscht worden, daß es ohne rechtzeitiges Zugreifen des Amtes wahrscheinlich auch zu einer Auslieferung des Sprits leitens der zuständigen Reichsvertierungsamts nicht reorganisierenden Stelle an die Schieber gekommen wäre. Den Kaufpreis — beträuflich etwa 1/2 Million Mark — hatten sich die Schieber bereits von ihren Opfern zahlen lassen. Sie sitzen nunmehr hinter Schloß und Riegel, nachdem ihnen etwa die Hälfte der Summe bereits abgenommen worden ist.

## Die Lebensmittelversorgung der heimkehrenden Auslandsdeutschen.

Der Reichs Ernährungsminister hat bestimmt, daß Lebens- und Genussmittel, die von Auslandsdeutschen bei ihrer Rückkehr mitgeführt werden, von den Einfuhrverboten nicht betroffen werden und der Beschlagnahme nicht unterliegen. Dieses freie Einfuhrrecht erstreckt sich auf alle, auch die in Deutschland rationierten Lebensmittel. Voraussetzung ist, daß die Lebensmittel zum eigenen Verbrauch der Heimkehrenden und ihrer Angehörigen bestimmt sind und den Bedarf für ein Jahr nicht übersteigen. Die Auslandsdeutschen, die unmittelbar aus der feindlichen Zivilgesellschaft überwiesen werden und keine Lebensmittel zum Verbrauch im eigenen Haushalt mit sich führen, sollen die gleichen Sonderzuweisungen an Lebensmittel erhalten wie die heimkehrenden Kriegsparteigenossen. Diesen werden bekanntlich während der ersten sechs Wochen nach ihrer Heimkehr zusätzlich 1 Pfund Brot, 50 Gramm Fett, 250 Gramm Marmelade und 125 Gramm Auslandsfleisch oder Konservenfleisch zu und zwar zu den festgesetzten verbilligten Preisen.

## Die Berliner Schrippe.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Bäckern zu gestatten, Schrippen herzustellen aus dem Mehl, das die Hausfrauen ihnen zu diesem Zwecke bringen. Der Bäcker ist in diesem verpflichtet, den Kunden ein Pfundel an Gewicht mehr an Schrippen zu liefern, als er Mehl bekommt. Der Bäcker darf für das Herstellen der Schrippen einen Vordruck von 25 Pf. für das Pfund Mehl berechnen. Der Verkauf von Schrippen in Bäckereien, Gastwirtschaften, Hotels usw. bleibt verlag. Zu widerhandlungen unterliegen strenger Bestrafung.

Der Reichsverband der Lebensmittelbesitzer hat den tatsächlichen Verhältnissen nach, schon längst lassen Hausfrauen aus eigenem Mehl Schrippen von den Bäckern herstellen, ohne den Lebensmittelverband um Erlaubnis zu fragen.

## Die juristische Sprechstunde findet jetzt wieder ersten Hof part. links statt.

Studentische Sitten an der Handelshochschule. Uns wird geschrieben: Die Stellungnahme des Genossen Berger gegen Einführungs einer besonderen Ehrenordnung brachte ihm eine „Vertufungserklärung“ der „deutschen“ Studentenschaft ein. Diese fordert eine völlige gesellschaftliche Isolierung des Genossen Berger und soll durch die Meinung, mit ihm zusammen Vorlesungen zu hören, seine Entfernung von der Hochschule erzwingen. Ein solches Vorgehen ist völlig unangemessen und bedeutet einen Eingriff in die Disziplinrechte des Rektors. Um so verwerflicher, daß ein Hochschulpflichter so etwas mitmacht. Die Sozialistische Arbeitergemeinschaft kennzeichnet dieses Vorgehen als eine unerhörte Vergeßlichkeit der politischen Meinungsfreiheit.

Der Raubmord in Schneidewitz. Wittwood erschien am Tatorte eine Kommission der Staatsanwaltschaft II, die den Schauplatz besichtigte. Nach Ansicht der Kommission sind mehrere Personen an dem Ueberfall beteiligt gewesen. Sie sind durch ein Fenster des Wohnzimmers eingestiegen und haben die Witwe Rahus im Bett in ihrem Schlafzimmer überfallen. Nur Wehrlosmachung der Ueberfallenen haben die Täter, ein Domb benutzt, das sie der Ueberfallenen als Knobel in den Hals gesteckt haben. Hierdurch ist die Grotte erstickt worden. Die Täter haben alle Verhältnisse durchwühlt; der Ueberfallene des Opfers muß ein Komp vorangegangen sein. In welchem Umfange die Ueberfallene Vermittel im Hause hatte, konnte bisher nicht ermittelt werden, doch scheint aus zufälligen Recherchen des Opfers hervorzugehen, daß sie stets im Besitze arthrer Mittel gewesen ist. Eine Witwenkassette des Hauses, eine Russin Kausch, wurde gestern in Haft genommen; ob sie jedoch mitschuldig ist, muß der weitere Verlauf der Untersuchung ergeben. Von den einmündigen Tätern heißt bisher noch jede Spur.

Es war das Gerücht aufgetaucht, daß als mutmaßliche Täter drei Soldaten des Regiments Löhman in Frage kommen. Am Tatorte wurde auf dem Rücken ein Doldmesser gefunden, was es Soldaten im Felde zu tragen pflegen, außerdem hatten diese in dem Garten der Ermordeten drei Soldaten gesehen, welche dort Stachelbeeren pflücken. Es wurden auch gewisse Spuren entdeckt, die darauf hindeuten, daß bei der Tat eine Frau beteiligt war. Die Nachforschungen des Staatsanwalts bei dem Regiment Löhman hatten nur Folge, daß sich die drei Soldaten sofort freiwillig meldden und vorgeben, daß ihnen die Ermordete am Tage vor der Tat erlaubt hatte, sich Stachelbeeren zu pflücken. Das Doldmesser gehörte keinen von ihnen, außerdem ist durch Neuen einwandfrei festgestellt, daß sich die drei Leute des Nachts in ihrer Unterfunktion befunden hatten, also als Täter überhaupt nicht mehr in Frage



**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
7 1/2 Uhr:

**Der Kührigen**  
Oper von Wih. Kienzl.

**Deutsches Theater.**  
7 1/2 Uhr:

Ich war ein Jüngling ...  
(Schwank).

**Kammerspiele.**  
Allabendlich 8 Uhr:

Leopoldine Konstantin in  
Das Waid u. der Humpelmann.

**Theater des Westens**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Mia Werber und Hans Wass-  
mann in Die Geisha.

**Theater l. d.**

**Königgrätzerstraße**  
7 1/2 Uhr: Der Häuptling.

**Komödienhaus**  
1. Liselett von der Platz.

**Berliner Theater**  
Heute: Geschlossen.

Morgen zum ersten Male:  
Die Dame im Frack.

**Central-Theater**  
Ostmandantenstraße 57.

Die Schönske von Allen.

**Friedr.-Wilhelms-Theater**

**Der Fias**

**Kleines Theater.**

Unter dem Baume der Erkenntnis  
Komische Oper

7 1/2 Uhr: Schwarzwaldbüchel.

**Lustspielhaus**

7 1/2 Uhr: So ein Mädel.

**Metropol-Theater.**

7 Uhr 20: Die Faschingsstee.

**Neues Operettenhaus.**

7 1/2 U.: Die Dame vom Zirkus.

**Palast-Theater**

7 1/2 Uhr: Weinende Erben.

**Oper. v. P. Danziger.**

**Schiller-Theat. Charl.**

7 1/2 Uhr: Alt-Keidelberg.

**Thalia-Theater**

7 1/2 U.: Jüngler Sühnenstein.

**Th. am Nollendorfsplatz**

7 1/2 Uhr: Die Puppe.

**Theater d. Friedrichstadt**

7 Uhr: So eine Frechheit.

**Versteigerung gegen Einbruch.**

**Ein Polizeibeamter.**

**Walliser-Theater**

7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

**Residenz-Theater.**

Untergrund. Klosterstraße 10.

Ausgang: Straßener Straße.

Täglich 8 Uhr. Zum 202. Male:

**Das höhere Leben.**

Schauspiel von Sudermann.

Sonntag 4 Uhr: Gespenster.

**Trianon-Theater.**

Bhl. Friedrichstr. Ztr. 4927/2391

Täglich 8 U. Heute 2. 327. Male:

**Der gute Ruf**

von Hermann Sudermann.

Sonntag 4 Uhr:

**Johannistag.**

**National-Theater**

8 Uhr. Sühnen-Erfolg 8 Uhr

**Familie Bennemann.**

**Luisen-Theater.**

Täglich abends 7 1/2:

**Wenn Frauen leben.**

Sonntag 3 Uhr:

**Der Hülsenbesitzer.**

Letzte Sonntagsvorführung!

7 1/2: **Wenn Frauen leben**

**APOLLO**

**THEATER**

Friedrichstraße 218

Dir.: James Klein

7 1/2, Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2

**Ein Sensations-**

**Aug.-Programm.**

6 Antonetts

her. Akrob.-Familie.

**Hanni u. Angela**

Luft-Akt.

**King Louis & Sohn**

die Todestleiter.

**Jean Clermont**

Zirkus Parodie.

**Schichtel's**

künstl. Menschen

Iven Andersen

Tanzakt

**2 Gezettys**

akrobat. Neusitz.

**Hook & Pauy,**

die Urkämpfer.

**Rud. Müller,**

der stärkste Kämpfer

Sonntag 3 1/2 Uhr: Jed.

Erwachs. 1 Kind frei

**Metropol**

**KABARETT**

OSMUNDSTR. 33

Paul Blaufeld

mit Ruth Braun

in

„Hochzeitsnacht“.

Ludolf

und Mia Köllisch

Karen Zabel

Werner Groß

Muschi Vesta

Osina Kosters

u. a. m.

Conf.: Flatau

Am Pflügel: Hanschel

Kapelle Mund Neumann

**Lessing-Theater**

Sommerspiel: H. Sternberg

Singspiel: Guido Thielscher

8 Uhr: Charleys Tante.

**Deutsches Künstler-**

**Theater.**

Allabendlich 8 Uhr:

Max Adalbert in:

**Die Hutschbahn.**

**Walhalla-Theater.**

7 1/2 Uhr:

O schöne Zeit, o selige Zeit.

**Rose-Theater.**

7 1/2 Uhr: Zum ersten Male!

**Die Frau des Debutanten.**

7 1/2 Uhr Gartenbühne:

Das sieht sich jeder an.

Vorher Konzert u. Spezialität.

**Winter-Garten**

Täglich 7 1/2 Uhr:

**August-Spielplan**

Auftreten des

**Detektiv**

Erik Jan

**Kanussen**

**Maria Rapp**

L. Koloraturängerin

von der ehemalig. Kaiserl.

Oper in Petersburg und

Moskau.

**Carl Bernhard**

Humorist.

**Ferry Corwey**

Musik-Clown.

**Whilby Co.**

die mysteriöse Tafel.

**Géza Varady-Truppe**

Gesangs- u. Tanz-Ensemble.

**Mia und Gerti**

Rollschuh-Läuferinnen.

**Karl Adler**

mit sein. Kolllegen „Nicki“.

**Hansi Imanns**

Dressurakt.

**4 Tavas**

Luft-Akt.

**Kinematograph.**

**Berliner Prater**

7/9 Raftanienallee 7/9.

**Neptun's Bummelfahrt.**

Grüßliches Varieté.

in der Tanz- u. Spielpl.

Diele täglich:

Anfang 6 1/2 Uhr.

**WIT**

Ballad-Ortplatz

**König Krause**

Volksstück mit

**Konrad Dreher**

Melitta Petri

Leo Peukert

Friedrichstraße

Die Lumpenprinzessin

Schauspiel mit

**Gunnar Tolnaas**

Klara Wieth

Kasselerpl. / Weinbergweg

**Pola Megri**

In der Tragödie

**Kreuzigt sie!**

mit Albert Patry,

Magnus Stifter,

Harry Liedtke

Regie: Georg Jacoby

Schauberg

**Die Sünderin**

Pinnoyelle mit

Erika Glüssner

Regie: Leo Lasko

Hasenbeide

**7. Woche**

**Die Auster-**

**prinzessin**

Das größte deutsche

Lustspiel mit

**Ossi Oswald,**

Harry Liedtke,

Victor Janson,

Julius Falkenstein

Regie: Ernst Lubitsch

Wochentags 6, 8 Uhr

Sonntags 4, 6, 8 Uhr

**BRAUNES**

**DIELE**

ALEXANDERSTR. 55

Ludolf u. Mia Köllisch

Relina v. Postema

Karl Seßler

Muschi Vesta

Paul Coradini

Mizzi Schönbeck

u. a. m.

Conf.: Helms

Am Pflügel: Sawade

Kapelle: Ebener

**Berliner Theater**

Gastspiel-direction Walter Bromme

Sonnabend, den 2. August, 7 Uhr:

Zum ersten Male:

**Die Dame im Frack**

Raubville in 9 Akt. v. Forbes-Rile

Gefangene von Will. Steinberg

Musik von Walter Bromme

Hauptdarsteller:

Räte Dorjch :: Richard Senius

Marion Böing. — Oskar Linke.

Herbert Ripper. Rudin. Richard. Curt Bois.

Tänze: Egon Mangelsdorff.

**Schauburg**

am Andreasplatz, Andreasstr. 64, Konkordia

**Ringkämpfe**

International. Konkurrenz. 20 Kanonen aller Länder.

Außerdem: **Henny Porten „Ihr Sport“**

„Die rollende Kugel“ nach Dostojewski

Persönliches Auftreten: **Bonita Berol.**

Vorstellungsbegian 6 Uhr. Sonntags 4 u. 7 Uhr.

Begian der Ringkämpfe ca. 8 1/2 Uhr. 15/2

**ORIENT**

das größte und schönste

Konzert-Café-Kabarett in Berlin O.

Hugo Haendel. — Tonkünstler-Konzert (10 Solisten).

Habanera d'Solo G. Groeg u. Partnerin

Bernhard Bernhady Habanera Duett

Hertha Loewe Kurt Bois

Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

**MIENNY**

**PORTEN**

im Lustspiel

**Die beiden Gatten**

der Frau Ruth

mit Kurt Götz

Verleser: H. Galen

Regie: R. Biebrach

Wochentags ab 5 Uhr / Sonntags ab 3 Uhr

**MOZART**

**SAAL**

Theater a. Kottbus-Tor

Allabendlich 7 1/2 Uhr

**Elite-Sänger**

9 them. Mittel der

Stettiner Sänger

Humor. Spielplan

Sommersreise I

**Blüthen-Konzert.**

**Voigt-Theater**

Babststraße 38. 7 1/2 Uhr:

**Die Förster-Gebirg.**

Berber:

**Varieté-Vorstellung.**

Eröffnung 9 Uhr, Anfang 5 Uhr.

Feb. Mittw., Sabb. Sonnt.: Boll.

**Central-Park**

am Bhl. Friedrichstr.

**Schleifenbahn**

Figur-8-Bahn

Berg- und Talbahn

**Taifun-Rad**

! Hippodrom-Wohlesse!

Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

**ADMIRALS-PALAST.**

**Internation.**

**Ringkämpfe**

um den Preis der

Deutschen Republik.

Anfang 8 Uhr.

**Admirals-Kino.**

Der Weg, der zur

Verdamnis führt.

1. Teil.

**Obst- u. Gemüsepazelle**

Hohenschohusen, mit Grate,

Gänge ufm. sofort vertücht.

Roger